Einzelpreis 15 Pfennig · 2. Jahrgang Donnerstag, den 9. Oktober 1919 Nr. 490/A 267 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.68 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.30 M., fürs Ausland 7.80 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 70 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 7 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das revolutionäre Proletariat!

Das Attentat.

Auf Genossen Hugo Haase ist gestern nachmittag vor dem Reichstagsgebäude ein Revolverattentat verübt worden. Haase ist am Unter- und Oberschenkel leicht verwundet. Man darf hoffen, daß, wenn keine Komplikationen hinzutreten, Haase in einiger Zeit wieder hergestellt sein wird.

Es waren furchtbare Minuten, die wir durchlebten, bis wir die Gewißheit erhielten, daß das Leben unseres Freundes nicht gefährdet sei. In schlimmsten Zeiten hat Haase stark und treu zur Sache des Sozialismus gestanden. Eine seltene Opferwilligkeit und Uneigennützigkeit des Charakters paart sich bei ihm mit außerordentlicher politischer Klugheit. Besonnenheit im Rat, Unerschrockenheit bei der Tat zeichnen ihn aus, und unersetzlich wäre für die Partei der Verlust dieses hervorragenden Mannes gewesen.

Das Attentat ist mißlungen, der Täter verhaftet. Es hat ziemliche Wahrscheinlichkeit, daß der Mann geistig minderwertig ist, und wir, die wir uns stets gegen die politische Ausschlachtung von Irrsinnstaten gewandt haben, sind die letzten, die diesen Menschen irgendeiner Partei an die Rockschöße hängen wollen. Allerdings muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Untersuchung mit allem Nachdruck geführt und nichts unterlassen wird, um restlose Aufklärung zu schaffen.

Diese individuelle Tat eines Menschen, der anscheinend aus persönlichen Motiven gehandelt hat, die ihm seine kranke Einbildungskraft vorspiegelte, erhebt sich aber aus einer Umwelt, die berücksichtigt werden muß, wenn die Verursachung solcher Uebeltaten erkannt werden soll. Die Verrohung und Verwilderung, die der Krieg bei vielen hervorgerufen hat, wird seit Monaten systematisch als Grundlage für eine ganz wüste Hetze benützt. Alle möglichen reaktionären Gruppen und Vereinigungen wenden sich an die übelsten Instinkte, bemühen sich systematisch, zu Gewalttätigkeiten gegen die revolutionären Parteien und ihre Führer aufzureizen, suchen eine Pogromstimmung hervorzurufen und die Bevölkerung in einen Blutrausch zu versetzen. So hoffen die reaktionären Macher jene Stimmung zu erzeugen, die sie zur Erreichung ihrer Zwecke für notwendig halten. Erleichtert ist ihnen dieses Spiel dadurch worden, daß im Kampf gegen den Spartakismus, im Kampf gegen die Münchener Räteregierung, diese Instinkte sich ungestraft austoben durften, daß empörende Untaten und Gewalttätigkeiten gar keine oder nur unzulängliche Sühne gefunden haben. Kein Wunder, daß in kranken Gehirnen nachgerade die Ueberzeugung entsteht, sie dürften ungestraft zur Selbsthilfe greifen, zumal wenn ihr Verbrechen sich gegen diejenigen richtet, gegen die diese üble Hetze entbrannt ist.

Deshalb genügt es nicht, wenn die Parteien und die Regierung ihren Abscheu vor dem Verbrechen aussprechen. Es ist notwendig, die Quellen all solcher Untaten zu verstopfen und die Atmosphäre zu reinigen, indem die Gerechtigkeit, die solange verhöhnt worden ist, von denen, die die Gewalt ausüben, endlich wieder hergestellt und indem der reaktionären Hetze mit der nötigen Energie entgegengetreten wird. Dazu ist aber nötig, daß die Regierung endlich wieder sich zur Wiederherstellung der Gesetzlichkeit entschließt, daß sie den ungesetzlichen Belagerungszustand, der die fortwährend fließende Quelle aller möglichen Gewalttaten darstellt, beseitigt, und daß sie dafür sorgt, daß ein Verbrechen auch seine Sühne findet, wenn es von reaktionären Offizieren und deren Garden gegen revolutionäre Arbeiter begangen wird.

Das Attentat gegen Genossen Haase ist heute mißglückt und dieses Attentat mag wirklich keinen politischen Hintergrund haben. Aber die Attentatsstimmung liegt in der Luft. Gerade in letzter Zeit haben wir wieder von verschiedenen Warnungen vor Attentaten, die sich gegen bekannte Führer unserer Partei richten, erhalten. In gewissen Zirkeln wird der Gedanke, durch den reaktionären Terror die Vertreter des Proletariats einzuschüchtern, mit Ausdauer und Liebe ventiliert. Dann braucht sich bloß ein geistig minderwertiges Individuum zu finden, und das Unheil nimmt seinen Lauf.

Das Attentat auf Haase bedeutet so eine ernste Warnung, und es ist höchste Zeit, daß diese beachtet wird.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Bluttaten gegen Arbeiterführer häufen sich. Unser Parteivorsitzender, Genosse Haase, ist vor dem Reichstage eine Stunde, bevor er seine große Anklagerede gegen die verbrecherische Ostpolitik der Regierung und die Gewaltakte der Noskegarden halten wollte, von einem Manne durch mehrere Schüsse verletzt worden.

Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß die Kugeln nicht tödlich trafen, daß Haase noch lebt.

Der Täter ist ein österreichischer Lederarbeiter namens Voß. Diese Tat entspringt nach den offiziellen Angaben persönlichen Motiven eines geistig nicht Normalen. Wie dem immer sei: sicher ist, daß die Tat nur in einer politischen Atmosphäre, in der die Revolutionäre als vogelfrei gelten, und ihre Mörder frei ausgehen, möglich wurde.

Mörderzentralen der Militaristen haben Luxemburg, Liebknecht, Eisner, Dorenbach, Landauer, Jogisches und viele andere in den Städten des Landes umbringen lassen.

Gegen Ledebour, Radek und andere Führer des Proletariats sind Mordpläne offenbar geworden.

Die Mörder unserer Führer läßt man fliehen oder läßt sie in den Gefängnissen gute Tage feiern. Die Vogel, Rothe und andere sind im Auslande. Der Mörder Runge lebt nach eigenen Aussagen vergnügter als je zuvor. Der Massenmörder Marloh ist noch immer nicht vor Gericht gestellt.

Man hetzt durch die antibolschewistische Liga, durch die Liga für deutsche Kultur, durch den alldeutschen Klüngel und die Offizierskamarilla gegen die Führer des Proletariats, die man zu beseitigen strebt, um die Arbeiterschaft hilflos und direktionslos zu machen.

Die niedrige Hetze gegen die Juden hat diese Pogromstimmung aufs höchste gesteigert.

Die Mörderzentralen suchen überall nach Mordbuben, die sie hoch bezahlen. Degenerierte, wie Runge und ähnliche geistig Minderwertige sind ihnen willkommene Subjekte.

Diese Kreaturen, denen weder Strafe noch Vergeltung droht, wenn sie Führer des revolutionären Proletariats beseitigen, sind die freiwilligen oder unfreiwilligen Werkzeuge der Konterrevolution, in deren Sinn sie handeln.

Arbeiter, Parteigenossen! Es gilt jetzt erneut Protest zu erheben gegen die Straffreiheit der Arbeitermörder, gegen die Pogromhetze und die Blutstimmung, die überall verbreitet wird.

Die Wahrheit über die wirklichen Motive des Attentats auf den Genossen Haase werden wir unter dem herrschenden System, bei den planmäßigen Mordvorbereitungen dunkler Reaktionsmächte und den bekannten Vertuschungsmanövern vielleicht nie erfahren. Heimtücke und Hinterlist waren stets Waffen der Reaktion.

Seid wachsam und bereit!

Es steht alles auf dem Spiel!

Das Zentralkomitee der
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Darstellung des Genossen Haase.

Genosse Haase gab im Beisein seiner Frau, nachdem er im Krankenhause verbunden worden war, folgende Darstellung des Attentats:

„Ich ging in Begleitung meiner Frau zum Reichstage und wurde durch einen Schuß, der hinter mir fiel, plötzlich aufgeschreckt. Als ich mich umwandte, sah ich in geringer Entfernung einen Mann, der erneut auf mich anlegte. Ob der erste Schuß mich schon getroffen hat, kann ich nicht sagen. Zunächst merkte ich jedenfalls von einer Verwundung nichts. Um nun ein weniger gutes Ziel zu bieten, ging ich in gebückter Haltung nach der Ecke des Reichstagsgebäudes. Der Attentäter feuerte hintereinander etwa fünf bis sechs Schüsse auf mich ab. Ich war vor allem bestrebt, meine Frau in einer der Nischen des Reichstagsgebäudes vor den Kugeln des Mannes in Sicherheit zu bringen, und ging dann mit ihr, während noch weitere Schüsse fielen, in der Richtung auf das Reichstagsportal in der Sommerstraße weiter. Unterwegs brach ich jedoch zusammen. Obwohl mehrere Leute den Vorgang aus nicht allzu weiter Entfernung beobachten konnten, gelang es dem Attentäter doch, ungehindert sein Feuer auf mich zu richten. Als ich mich nach dem ersten Schuß umdrehte, bemerkte ich deutlich, wie er nach meinem Kopfe zielte. Ich fühlte, daß er dadurch, daß ich mich bückte, das sichere Ziel verlor und unsicher schoß, und glaube, daß ich es nur meiner schnellen Vorsichtsmaßnahme verdanke, wenn ich vor schwereren Verletzungen bewahrt geblieben bin."

*

Genosse Haase bittet uns, allen Parteigenossen und Freunden, die sich in ununterbrochener Folge zum großen Teil auch persönlich nach meinem Befinden erkundigen, für ihre warme Teilnahme zu danken. Der Zustand des Erkrankten macht es jedoch wünschenswert, daß er die nächsten Tage in größter Ruhe verbringt. Wir werden daher, um die vielen Anfragen nach dem Befinden des Genossen Haase zu vermeiden, unsere Parteigenossen täglich durch eine kurze Nachricht über jede Veränderung in dem Zustand des Genossen Haase unterrichten.

Begegnung mit dem Attentäter.

Sogleich nach dem Attentat begab sich ein Mitglied unserer Redaktion auf das Polizeirevier 3 in der Mittelstraße 39, wo der Verbrecher in Haft gehalten wurde. Die Wahrnehmungen, die unserer Kollege hier machte, dürften für die Erforschung der Ursachen des Attentats wichtig sein. Er schildert sie folgendermaßen:

Ich ging schnurstracks in das Wachlokal, dessen Tür angelweit geöffnet war. Auf meine Bitte um Informationen wies man mich an den Polizeihauptmann, dessen Zimmer sich an die Wachstube anschloß. Er begann gerade, den Bericht aufzunehmen. Nur zögernd gab er mir Auskunft. Als Motiv der Tat habe der Verbrecher angegeben, daß Haase nicht wunschgemäß den angeblichen Schwindel einer preußischen Klassenlotterie aufdeckte, worüber der Attentäter ihm Material überwiesen habe. Durch einen öffentlichen Gerichtsprozeß wollte er die Aufmerksamkeit auf die Sache lenken.

Als ich wieder in das Wachlokal trat, fand ich den Attentäter hier an einem Tische stehen. Ihm wurden seine baren Mittel, in Höhe von 5 Mark und einigen Pfennigen, abgenommen. Der Beamte redete ihn mit „Herr Voß" an. Es fiel mir auf, daß der Verbrecher sich völlig frei bewegen konnte. Irgendwelche Sicherheitsmaßnahmen gegenüber einem Fluchtversuch waren nicht vorhanden. Anfangs wollten die Beamten es nicht zulassen, daß ich mit dem Attentäter rede. Aber bald konnte ich ungehindert mit ihm plaudern. Wir nahmen beide auf einer Bank an der Wand Platz. Er gab sich als der 51jährige Lederarbeiter Johann Voß aus und bemerkte mit einem gewissen Stolz, daß er Wiener sei. Er will sich wiederholt an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt haben. Ueber das Motiv seiner Tat befragt, ergeht er sich in Schimpfereien über Haase. Er sei ein Volksverräter. Er habe sich bestechen lassen. Jetzt solle die Oeffentlichkeit auf die Sache aufmerksam werden. Es ist schwer, aus seinen zusammenhanglosen abgerissenen

nen Sätzen einen Sinn herauszulesen. Als er in einer Versammlung Haase als einen Volksverräter bezeichnete, sei Frau Zietz aufgetreten und habe Haase als einen Ehrenmann gelobt. Hier erhob sich der Verbrecher von seinem Sitz und versuchte Frau Zietz in Tonfall und Geste zu kopieren, er wiederholte ihre Ausführungen mehreremal. Das rief bei den Beamten einige Heiterkeit hervor. Haase, fuhr er fort, habe sich nicht sprechen lassen. „Haben Sie," fragte er mich, „überhaupt in letzter Zeit Haase in einer öffentlichen Versammlung zu sehen bekommen?" „Man kann seiner nirgends habhaft werden." Eine Antwort auf meine Frage nach dem Inhalt des Materials, das er Haase habe übergeben wollen, lehnte er ab, wie er überhaupt sich beharrlich weigerte, konkrete Dinge als Ursachen seines Hasses gegen Haase anzuführen. Er verwies nur immer auf den Prozeß, der die Aufklärung bringen solle. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß seine Aussagen doch nur alberne Redereien seien, er möchte doch positive Angaben machen. Da zeigte er sich entrüstet und lehnte jede weitere Unterhaltung ab.

Der Attentäter ist von kleiner Statur und zeigt die Spuren der körperlichen Degeneration. Seine Aeußerungen verraten eine geistige Minderwertigkeit. Den Eindruck eines Geisteskranken macht er indessen nicht. Er macht seine Ausführungen oft mit Ueberlegung und es hat den Anschein, als wenn die Zusammenhanglosigkeit seiner Darstellung von ihm absichtlich hervorgerufen ist. Jedenfalls weiß er, was er sagt. Charakteristisch dafür ist auch die Tatsache, daß er es immer wieder ablehnte, auf konkrete Dinge zur Erklärung seiner Tat einzugehen.

Auffällig war das verhältnismäßig ruhige Verhalten des Attentäters, der sich als ein anständiger Mensch bezeichnete, sowie sein heiteres Wesen, das zur Lustigkeit neigte. Nicht nur, daß der Attentäter keine Spuren von Reue zeigte, verriet er sogar eine gewisse Befriedigung über seine Tat. Das Verhältnis der Beamten zu dem Verbrecher schien mir seltsam. Man ließ ihn nicht nur frei umhergehen, sondern machte auch Späße mit ihm.

Mitteilungen zweier Augenzeugen.

Zwei Genossen aus Merseburg, die das Attentat aus geringer Entfernung beobachteten und zusammen mit zwei Schutzleuten zuerst den Attentäter stellten, teilen uns mit:

Genosse Haase und Frau kamen in der Richtung auf das Portal 2 des Reichstagsgebäudes über die Straße. Wir glauben bemerkt zu haben, wie kurz vor dem Bürgersteig Haase von einem Manne angesprochen wurde. Dieser Mann erhob, anscheinend von Haase abgewiesen, plötzlich eine Pistole, fuchtelte aber unsicher mit der Waffe umher. Frau Haase schrie auf, da krachte aus kurzer Entfernung der erste Schuß. Der Täter folgte hin- und herlaufend Haase und schoß noch öfter auf ihn. Ein Schutzmann und einer der auswärtigen Genossen sprangen sofort hinzu und forderten den Täter durch einen Ruf auf, die Waffe wegzuwerfen und die Hände hochzuheben. Er folgte diesem Rufe und warf die Waffe, eine neue Parabellumpistole, vor sich auf die Erde. Der Schutzmann richtete währenddessen seine Dienstpistole auf ihn, während unser Genosse die Waffe aufhob und sie gleichfalls auf den Attentäter anlegte. Der Täter äußerte, er sei aus Wien eigens zu diesem Attentat hierhergekommen. Er wäre bei vollem Bewußtsein und wisse sehr gut, was er getan habe. Er machte durchaus nicht den Eindruck eines Geisteskranken.

Gen. Haase, der keinen Augenblick seine Ruhe oder das Bewußtsein verloren hatte, wurde zunächst in das Reichstagsgebäude getragen und später auf seinen Wunsch nach dem Hedwigskrankenhause überführt, in dem er sich vor Jahren schon einer schweren Operation unterziehen mußte.

Der ärztliche Befund.

Berlin, 8. Oktober.

Die ärztliche Untersuchung des Abgeordneten Haase ergab am rechten Bein einen Durchschuß des Unterschenkels sowie einen Steckschuß im Oberschenkel. Die eine Schramme am Ellbogen ist augenscheinlich durch Sturz verursacht. Der Zustand des Verwundeten läßt seine Wiederherstellung in etwa acht Tagen erwarten.

Teilnahmskundgebungen.

Berlin, 8. Oktober.

Anläßlich des Attentats auf den Abg. Haase haben der Reichspräsident und der Reichskanzler telegraphisch Frau Haase ihr besonderes Bedauern ausgesprochen.

Auch die Vertreter der anderen Parteien der Nationalversammlung haben den Mitgliedern der Unabhängigen Fraktion ihre besondere Teilnahme kundgegeben.

Die erste Vernehmung des Attentäters.

Berlin, 8. Oktober. (W. T. B.)

Der Lederarbeiter Johann Voß, der am 8. Oktober vor dem Reichstagsgebäude das Attentat gegen den Abgeordneten Haase verübt hat, wurde unverzüglich der Staatsanwaltschaft zugeführt. In Gegenwart des Staatsanwalts Froböß und des Kriminalkommissars Weihel ist das nachstehende Protokoll aufgenommen worden:

Sistiert erscheint der Lederarbeiter (Portefeuiller) Johann Voß, 7. 6. 68 Wien-Neustadt geboren, Annenstr. 21 als Mieter wohnhaft und erklärt:

Seit 1911 bin ich in Berlin mit einer sechsmonatlichen Unterbrechung 1913 ansässig. Während des Krieges habe ich Frankfurter Allee 74 gewohnt. Seit dem 14. August bin ich arbeitslos.

Im Sommer des verg. Jahres habe ich bei den Ziehungen der Preußischen Klassenlotterie mehrfach die Beobachtung gemacht, daß durch betrügerische Handlungen der Beamten bestimmten Personen die Hauptgewinne in die Hand gespielt werden. Es geschah das in der Weise, daß beim Aufruf von größeren Gewinnen andere Nummern als die ursprünglich gezogenen herausgenommen und ausgerufen wurden. Ich habe damals sofort, als ich meine Beobachtungen gemacht hatte, den Antrag auf Sistierung der Ziehung gestellt. Meine Beschwerden wurden zur Kenntnis genommen, führten aber zu keinem Erfolge, selbst dann nicht, als ich mich an den Präsidenten Fernow wandte.

Aus diesem Grunde habe ich mich mit einer Reihe von Eingaben und Privatbriefen an die Direktion der Klassenlotterie und an das Finanzministerium gewandt. In den Briefen habe ich auch zum Ausdruck gebracht, wenn man bestimmte Personen absichtlich gewinnen lasse, dann solle man das nächste Mal mich gewinnen lassen. Wegen dieser Briefe ist Anklage wegen Erpressung gegen mich erhoben worden; Termin steht am 22. Oktober an.

In der Angelegenheit habe ich auch ein Flugblatt verfaßt, das mir heute abgenommen worden ist. Ein Teil der Flugblätter, die ich auf eigene Kosten drucken ließ, liegt noch in meiner Wohnung.

Da ich auf anderem Wege nicht zu meinem Ziele der Aufklärung des Betruges bei der Klassenlotterie kommen konnte, habe ich schon im Mai 1918 mich an den Abgeordneten Haase gewandt, mit der Bitte, die Angelegenheit im Parlament zur Sprache zu bringen. Die ersten Verhandlungen mit Haase führte meine Frau Marie Voß. Ich wandte mich an Haase deshalb, weil ich der Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie politisch am nächsten stehe, wenn ich ihr auch als eingeschriebenes Mitglied nicht angehöre. Von vornherein hatte ich den Eindruck, daß Haase aus der Sache ein Privatgeschäft machen wolle. Ich habe ihm auch das brieflich zu verstehen gegeben. Später habe ich mich auch wiederholt an Haase persönlich gewandt, um seine Hilfe zu erlangen; ich bin mißverstanden worden. Ich habe bis zum 28. Juni d. J. mit Haase nur brieflich oder durch meine Frau verkehrt. Ich hatte den Eindruck, daß er mir auszuweichen suchte. Bis dahin kannte ich ihn nur aus einer Wählerversammlung April 1918, in der er die Kandidatenrede für Dr. Breitscheid hielt.

Am 28. Juni d. J. habe ich Haase, der sich in Begleitung eines anderen Herrn befand, in der Gegend des Lützowplatzes angesprochen und ihn gebeten, sich meiner Sache anzunehmen. Haase antwortete mit ausweichend und erklärte, er habe keine Zeit. Meine Beweise, die ich ihm anbot, erklärte er für nicht ausreichend, ohne sie näher zu prüfen.

Ich hatte die Ueberzeugung, daß Haase ebenfalls bestochen sei, und daß er als sogenannter Volkstribun die Interessen der Bevölkerung verrate. Dafür, daß Haase bestochen ist, habe ich Beweise von einem Sekretär des Finanzministeriums, dessen Namen ich nennen kann.

Seit dem Juni habe ich noch verschiedenemale mit Haase zu sprechen versucht, er ist mir aber immer ausgewichen. Ich war deshalb auf ihn sehr stark erbittert, da ich ihn für einen Volksverräter hielt. Ich habe auch meiner Frau gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß ich mich noch einmal an ihm vergreifen würde. Vor etwa einer Woche setzte ich mich wegen der gegen mich erhobenen Anklage mit dem Rechtsanwalt Liebknecht in Verbindung und erfuhr von ihm, daß ich wegen der gegen mich angezogenen Strafparagraphen nicht vor ein mit Laienrichtern besetztes Gericht kommen würde, sondern mich vor Berufsrichtern zu verantworten haben würde. Ich bin der Ueberzeugung, daß man mich vor Berufsrichtern hinter verschlossenen Türen ungehört verurteilen wollte und beabsichtigte, mich wenigstens für die Dauer der nahen Ziehung unschädlich zu machen.

Um die Oeffentlichkeit auf mich aufmerksam zu machen und außerdem Haase einen Denkzettel zu geben, beschloß ich, ihm durch Pistolenschüsse eine Verletzung zuzufügen. Zu diesem Zwecke lauerte ich ihn gestern vor dem Reichstagsgebäude auf, konnte ihn jedoch nicht mehr erreichen, da er schon zu weit entfernt war. Heute mittag hatte ich mich wieder am Reichstagsgebäude eingefunden und gab auf Haase, als er ungefähr 5 Schritte von mir entfernt war, einen Schuß ab. Da ich glaubte, ihn nicht getroffen zu haben, lief ich ihm nach und feuerte einige Schüsse auf ihn ab. Ich hatte nicht die Absicht, Haase zu töten und war froh, als ich hörte, daß ich ihn nicht erschossen hatte. Die Art der Verletzung habe ich erst später erfahren.

Ich rechnete damit, von den Sicherheitsbeamten sofort erschossen zu werden oder von der Menge erschlagen zu werden. Das war mir aber gleichgültig, denn ich wollte dieses Elend nicht mehr mitmachen, zumal ich auch von meinen gewerkschaftlichen Verbandskollegen mich verlassen und verfolgt fühlte. Ich bin der Ueberzeugung, daß ich Haase, der ein Verräter der Arbeiter ist, politisch unmöglich gemacht habe.

Die Pistole habe ich im Frühjahr in der Schönhauser Straße gekauft.

V. g. u.
gez. Johann Voß
geschlossen
gez. Froböß gez. Weihel.

Das Flugblatt des Attentäters.

Bei dem Lederarbeiter Voß wurde ein Flugblatt gefunden, daß er auf eigene Kosten hatte drucken lassen und auf der Straße verkaufte. Das Flugblatt hatte folgenden Wortlaut:

Offener Brief an das deutsche Volk.

Extra-Ausgabe 5 Pf. Extra-Ausgabe 5 Pf.

Die Schuld der Hohenzollern am Weltkrieg.

Kauft keine Klassenlotterie-Lose, die Kgl. Ziehungskommission schwindelt, kauft auch keine Lose von irgendwelchen anderen Wohltätigkeits- oder Gemeinnützigkeits-Lotterien, auch diese Ziehungskommissionen schwindeln. Auskunft darüber erteilt

Johann Voß, Berlin O. 112, Frankfurter Allee 74.

Welchem Zweck dient der Schwindel? Und wer sind die Auftraggeber dieses Schwindels? Die Hohenzollern sind es, wie ich gerichtlich nachweisen kann; und die Lotterien des ganzen deutschen Reiches obenan die „Königl. Preußische Klassenlotterie" haben den einzigen und alleinigen Zweck der Korruption, der Bestechung im allergrößten Umfang.

Der Bestechung um die Kriegs- und Machtpolitik der Hohenzollern zu fördern. Solange die preußische Klassenlotterie besteht war und ist sie Fundament und festeste Stütze der Hohenzollernschen Machtpolitik, und die jetzige scheinbare Einigkeit, ist bloß eine Einigkeit der gekauften und bestochenen Presse also ein scheußlicher Wechselbalg, dessen Vater der Lotterieschwindel und dessen Mutter die Pressekorruption sind, während die militärische Pressezensur als richtiger Dr. Eisenbart Geburtshilfe bei dieser Mißgeburt leistet, und dem als Krönung der ganzen Komödie der hohe Bundesrat Gevatter steht.

Ja, deutscher Michel, diesen Wechselbalg hat man dir untergeschoben, während man deinem legitimen Kind, der deutschen Einigkeit, wie sie Robert Blum und Franz Messenhausen meinten, schon Anno 48 mit vereinten hohenzollern-habsburgischen Kräften den Garaus machte. Bestechung ist also das Band, deutsche Einigkeit geheißen. Bestochen waren vor dem Krieg die großen deutschen Tageszeitungen, welche den Krieg publizistisch vorbereiten halfen. Bestochen wurde seitdem die ganze deutsche Presse, soweit sie im Fahrwasser dieser Kriegspolitik segelt.

Bestochen ist auch die ganze belletristische Literatur. Ferner die gesamten Volksvertreter in Reich, Landgemeinden, soweit sie die Kriegs- und Durchhaltepolitik in offener oder versteckter Form befürworten, auch Gewerkschaftsführer und Beamte, kurz und gut: alle Leute von auch nur einigem politischen oder wirtschaftlichem Einfluß, soweit sie nicht ohnehin mit der Wahrung der Interessen der Kriegsindustrie und Kriegsgewinnler betraut sind.

Ja, diese Korruption hat ihren Ansteckungsstoff bis in die Reihen der bisher heftigsten Regierungsgegner zugetragen. Das kleinste Gedicht, der kleinste Aufsatz mit dem Hinweis auf die Not des Vaterlandes waren und sind geeignet, diese Kriegspolitik zu stützen.

Deutsches Volk, wenn du unter diesem Gesichtspunkte alles, was vor dem Krieg, am Anfang desselben und während des Krieges gedruckt erschienen ist, nachprüfen würdest, müßtest du zu der Erkenntnis kommen, daß von einem Verteidigungskrieg keine Rede sein kann, dann müßtest du aber auch zur Erkenntnis kommen, daß du mit allen denen abrechnen mußt, die dir so beispiellose, alles Menschliche übersteigende Maß übersteigende Leiden auferlegt haben.

Johann Voß, Schriftsteller.

Diese bestochenen Scheidemänner samt dem Schweigegeldnehmer Haase regieren uns jetzt und posieren die Roten Revolutionsmänner, wobei die Scheidemänner bemüht sind, die Plätze für die kommenden Hohenzollerngeschlechter freizuhalten.

Das Berliner Intrigen-Nest.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß Berlin gegenwärtig der Hauptsammelpunkt der russischen Reaktionäre geworden ist, die in lebhafter Fühlungnahme mit den deutsch-baltischen Junkern und deutschen Reaktionären von hieraus ihre Pläne zur Wiedereroberung Rußlands und zur Aufrichtung des Zarismus zu verwirklichen suchen. Unter freundlicher Duldung der Regierung, die dem frechen Werbeschwindel der russischen Konterrevolutionäre und ihrem frevelhaften Menschenschacher keine Hindernisse in den Weg legt, spinnen diese Herrschaften ein Netz konterrevolutionärer Verschwörungen, die sich gegen Sowjetrußland wie auch gegen die demokratischen Regierungen der ehemals russischen Randstaaten richten.

Als eine dieser Verschwörungscliquen macht sich neuerdings die sogenannte westrussische Regierung in Berlin bemerkbar. Wir haben schon vor etwa drei Wochen auf die Tätigkeit des russischen Generals Biskupski hingewiesen, der bis in die letzten Tage die Seele dieser Regierung war. In den letzten Tagen hat der „Lokal-Anzeiger", der dem Treiben dieser Clique offensichtlich nahesteht, informatorische Notizen über die „westrussische Regierung" gebracht, anscheinend um den Boden für eine neue politische Komödie im Baltikum und in Litauen vorzubereiten. Wir sind in der Lage einige Einzelheiten aus der Tätigkeit dieser neugebackenen Regierung mitzuteilen, die sicherlich die Oeffentlichkeit auf das lebhafteste interessieren werden, da sie einiges Licht in das verschwörerische Treiben der russischen Konterrevolutionäre werfen, die in Berlin — auf dem Papier — die natürlichen Reichserben Rußlands verschachern, um das nötige „Betriebskapital" für ein militärisches Abenteuer großen Stils gegen Moskau zu erlangen.

Die genannte Regierung suchte schon am 6. September in Berlin eine Anleihe in Höhe von 300 000 000 Mark aufzunehmen und bot als Sicherheit „das fiskalische mobile und immobile Eigentum" des neuen Staatswesens, das sie mit Hilfe dieser Anleihe zu erobern trachtete. Nach längeren Verhandlungen wurde am 25. September folgender Vertrag abgeschlossen:

Vertrag.

Zwischen dem Bankhaus J. P. Morgan, Zentrale Berlin, und der Westrussischen Regierung, vertreten durch den Präsidenten W. Biskupski, den Minister des Ausw. W. Biskupski, den Min. der Finanzen G. v. Berg, den Minister des Krieges P. Durnowo, den Min. des Innern G. v. Derjugin, den Min. der Landwirtschaft D. Ziakin, den Min. des Kultus W. Poppe, den Min. des Handels A. Roemmer, ist heute folgender Vertrag geschlossen worden:

§ 1. Das Bankhaus J. P. Morgan gibt der russischen Regierung ein Darlehn in der Höhe von 300 000 000 M. (Dreihundert Millionen) zum Zinsfuße von 5% Prozent auf 10 Jahre fest. Nach Ablauf von 10 Jahren ist das Darlehn in jährlichen Raten von 30 000 000 Mark zuzüglich der ersparten Zinsen rückzahlbar.

§ 2. Dem Bankhaus J. P. Morgan wird als Sicherheit für das gegebene Darlehn hiermit das gesamte mobile und immobile Eigentum des der westrussischen Regierung jetzt und in aller Zukunft unterstehenden Gebietes [illegible] Landesteilen verpfändet mit der Maßgabe, daß, wenn die russische Regierung länger als drei Jahre mit der Zinszahlung im Rückstande bleiben sollte, die Pfandobjekte in der Höhe des geschuldeten Betrages zuzüglich Zinsen nach Wahl des Hauses J. P. Morgan in den Besitz desselben übergehen soll.

§ 3. Das Bankhaus J. P. Morgan gesteht der westrussischen Regierung das Recht zu, nach Wiederherstellung geordneter Zustände in Rußland vorgenanntes Darlehn in eine ordentliche Anleihe umzuwandeln, die mit 5 Prozent verzinslich zum Kurse von 98 Prozent zu begeben und mit 100 Prozent rückzahlbar wäre.

(Die §§ 4, 5, 6 behandeln finanz- und steuertechnische Einzelheiten.)

§ 7. Dem Hause J. P. Morgan wird das Recht zuerkannt, in Rußland eine Zentrale nach Wahl in Moskau oder Petersburg und Zweigniederlassungen im Lande zu errichten. Bei der ev. Errichtung einer Staatsbank sowie einer Giro-Zentrale ist das Haus J. P. Morgan seiner Bedeutung entsprechend zu berücksichtigen.

In zwei Hauptexemplaren ausgefertigt, von sämtlichen Beteiligten gelesen, genehmigt und unterschrieben.

J. P. Morgan — Berlin.
In Generalvollmacht: gez. Unterschrift.
Der Präsident: W. Biskupski.

Es folgen die Unterschriften der bereits vorn angeführten Minister.

Nach Abschluß des vorstehenden Vertrages sah sich die westrussische Regierung allerdings in ihren Erwartungen getäuscht. Es stellte sich heraus, daß sie an eine falsche Adresse geraten war. Nähere Mitteilungen über den „Wert" dieses eigenartigen Vertrages, wie über den gesamten politischen Hintergrund dieser ganzen Aktion, die mit der deutschen Ostpolitik in enger Verbindung steht, wird der Redner unserer Fraktion in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung machen.

Der abberufene Goltz will noch mehr Truppen!

Mitau, 6. Oktober.

W. T. B. meldet: In der Frage der Räumung des Baltikum richtete Graf von der Goltz am 24. September ein Schreiben an General Burt, den Chef der verbündeten Militärmissionen in Riga, worin es heißt, daß die Sicherung an der Demarkationslinie, nördlich Mitau, den russischen Truppen übergeben wurde, um den Abtransport der deutschen Verbände zu ermöglichen. Die lettischen Truppen wurden aber an der gegenüberliegenden Demarkationslinie fortlaufend verstärkt, so daß mit einem Angriff auf die deutschen Truppen gerechnet werden müsse. Gleichzeitig werde der Transport starker estnischer Kräfte über Stockmannshof gemeldet. Hierdurch könne der deutsche Abtransport erneut verzögert werden. Aehnliche Verhältnisse hätten die Engländer bei Räumung von Archangelsk gezwungen, zunächst noch neue Freiwilligenverbände dorthin zu bringen, um die Loslösung der bedrohten Besatzung nur vorzubereiten. Sollte sich daher die Bedrohung der deutschen Truppen bei Mitau weiter verstärken, so könnte auch hier eine ähnliche Maßnahme wie in Archangelsk erforderlich werden. Graf Goltz bittet, dahin zu wirken, daß die estnischen und lettländischen Truppen hinter eine von ihm bezeichnete Linie zurückgezogen werden, damit er die Räumung ausführen kann.

Da General Burt auf dieses Schreiben nicht sofort antwortete, wie es der Bedeutung der deutscherseits angeregten Frage entspr

sprochen hätte, wies Graf von der Goltz am 4. Oktober in einem zweiten Schreiben an Burt erneut darauf hin, daß immer mehr lettische Truppen bei Olai, Riga, an der Demarkationslinie und über diese hinaus angesammelt wurden, die Letten starke Patrouillenvorstöße machten und mit Artillerie schössen. Er habe Ende September die Abtransporte wieder aufgenommen und betonte nochmals, daß die Räumung auf die Dauer undurchführbar sei, wenn nicht die estnischen Truppen und die Masse der lettischen Truppen aus der bedrohlichen Nähe der Olaifront zurückgezogen würden. Graf Goltz fordert daher, seinem Ersuchen vom 24. September Folge zu geben. Andernfalls sei es aller Welt klar, daß dort an einer friedlichen Räumung Lettlands nichts gelegen sei.

Von den bolschewistischen Fronten.

Amsterdam, 8. Oktober.

Laut Pressebureau Radio meldet „New York Herald" aus Omsk, daß Koltschak eine neue Offensive begonnen und 15 000 Gefangene gemacht hat.

Helsingfors, 8. Oktober.

Die letzten bolschewistischen Berichte geben erhebliche kriegerische Mißerfolge, sowohl im Norden als in der Ukraine, in Westsibirien und bei Dünaburg, zu.

London, 7. Oktober.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß nach einem Telegramm aus Moskau vom 5. Oktober die Truppen Koltschaks Tobolsk besetzt haben.

Kriegserklärung der Ukraine an Denikin.

Aus Kameneß-Podolskyj wird gemeldet: Nachdem alle Bemühungen der ukrainischen Regierung, den Kampf mit Denikin zu vermeiden, gescheitert sind, hat das ukrainische Direktorium Denikin den Krieg erklärt. Bei Chrystyniwka (bei Uman) und Olwiopol (Gouv. Cherson) sind schwere Kämpfe zwischen ukrainischen Nationaltruppen und russischen Freiwilligen im Gange. Nördlich von Chrystyniwka haben ukrainische Truppen die Ortschaft Monastyryschtsche erobert und dabei 5 Feldgeschütze erbeutet.

Im Anschluß an die Kriegserklärung an Denikin hat die ukrainische Regierung ein Manifest an das ukrainische Volk erlassen, in dem sie das gewalttätige Vorgehen Denikins gegen die Ukrainer schildert, welches das ukrainische Volk zur Verteidigung zwingt. Das Manifest fordert das ukrainische Volk zum Kampfe für die Errungenschaften der ukrainischen Revolution auf und spricht die Ueberzeugung aus, daß das ukrainische Volk seine Heimat von den russischen Reaktionären befreien und ihnen niemals gestatten wird, über die Ukraine zu herrschen.

Die Entente und Rußland.

Versailles, 8. Oktober.

Nach dem „Eclair" wird der russische Botschafter in Paris Maklakoff im Laufe dieser Woche sich in Marseille mit General Mangin, einem Verwandten des Generals in dem besetzten Rheinland, einschiffen, um sich zu General Denikin und nachher zu Admiral Koltschak zu begeben. Wie das Blatt meldet, handelt es sich um eine diplomatische Mission. Die beiden Vertreter Frankreichs sollen sowohl Denikin wie Koltschak über die Haltung der Ententeländer gegenüber Rußland unterrichten, um eine gleichmäßige Politik von gewisser Gleichmäßigkeit unter den verschiedenen antibolschewistischen Regierungen herzustellen.

Rücktritt des bulgarischen Kabinetts.

Versailles, 8. Oktober.

Nach einer Meldung aus Sofia hat das Kabinett Theodorow seine Demission gegeben. Der Führer der Bauernpartei, der der bulgarischen Friedensdelegation in Paris angehört, Stambulinski, wurde mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, das er unter Zuziehung der Sozialdemokraten bilden werde.

Ueber die gegenwärtige Situation in Bulgarien wird weiter gemeldet:

Der Inhalt des Friedensvertrags hat auf die ganze Bevölkerung niederschmetternd gewirkt und eine allgemeine Verzweiflung hervorgerufen. Bisher konnte keine Regierung gebildet werden, weil kein bulgarischer Politiker das Wagnis unternehmen wolle, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, wie überhaupt die allgemeine Stimmung gegen die Unterzeichnung sei. Durch die bolschewistische Propaganda entstünde eine allgemeine Verzweiflung und der Anhang der Bolschewisten wachse von Tag zu Tag. Besonders ein großer Teil der durch die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages brotlos gewordenen 30 000 Offiziere schließt sich an die Bolschewisten an und tritt in die Rote Armee ein. Man sieht der nächsten Zeit mit großer Sorge entgegen.

Clemenceau zu den Kammerwahlen.

Versailles, 8. Oktober.

Nach „Matin" erklärte Ministerpräsident Clemenceau gestern einigen Deputierten, die wegen Wahlangelegenheiten bei ihm erschienen waren, er habe gehört, man wolle ihn am kommenden Dienstag, wenn das Gesetz über die Neuwahlen zur Beratung kommen werde, stark angreifen. Er bleibe dabei, daß die Kammerwahlen vor allen anderen vorgenommen werden müßten, und er werde deshalb auch die Vertrauensfrage stellen. Sofort, nachdem die Wahlen vollzogen seien werde er zurücktreten. Er werde vor den Wahlen keine Debatte über die Politik der Regierung annehmen; denn die zukünftige Politik zu bestimmen, sei weder seine Sache, noch Sache seiner Ministerkollegen, die notwendigerweise mit ihrem Chef zurücktreten würden.

Französische Rückkehr zum Friedenszustand.

Versailles, 8. Oktober.

Die französische Kammer beschäftigte sich in der gestrigen Nachmittagssitzung mit dem Gesetzentwurf betreffend Festsetzung des Datums der Beendigung der Feindseligkeiten, und damit auch des Aufhörens des Belagerungszustandes und der Zensur. Nach Marcel Hutin, im „Echo de Paris", glaubt man in politischen Kreisen, daß vielleicht schon in der kommenden Woche der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland aufhören werde und die diplomatischen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern wieder aufgenommen werden würden. Für eine gewisse noch zu bestimmende Zeit, werde ein einfacher Paß genügen, um von Frankreich nach Deutschland oder von Deutschland nach Frankreich zu reisen. Wie die Pariser Morgenpresse meldet, werden die beiden französischen Besatzungsarmeen, deren Kommandositz sich in Mainz und Landau befindet, aufgelöst und die beiden kommandierenden Generale, Mangin und Gerard, abberufen werden. Das gesamte französische Besatzungsheer in den Rheinlanden wird unter das Kommando des Generals de Goutte gestellt.

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Betriebsräte

(Arbeiter-Angestelltenausschüsse, Funktionäre)

der gesamten Lederindustrie!

Am Freitag, den 10. Oktober, abends 6½ Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstr. 18,

:: **eine große** ::

Funktionär-Versammlung

statt. Näheres siehe Inserat.

Der Rechtsstaat ohne Amnestie.

—k— Der Anfang der gestrigen Beratungen in der Nationalversammlung stand unter dem Eindruck des Attentats auf den Genossen Haase. Die Teilnahme an seinem Geschick war allgemein. Der Präsident gab dem zu Beginn der Sitzung Ausdruck. Der Abg. Stresemann begann gleichfalls mit Worten der Teilnahme seine Rede, und die Fraktionsführer erkundigten sich mehrfach nach den Einzelheiten des Geschehnisses sowie nach dem Befinden unseres Genossen.

Genosse Haase war als erster Redner unserer Fraktion bestimmt. Das Haus schloß sich dem Vorschlage des Präsidenten an, die politische Debatte nach Anhörung noch eines Redners der ersten Serie solange zu vertagen, bis die Fraktion der Unabhängigen einen anderen Redner bestimmt haben werde. Genosse Dr. Cohn wird heute an Haases Stelle reden.

Herr Stresemann sprach alsdann für die Deutsche Volkspartei. Monarchistische Putsche lehnen wir ab, sagte er unter anderem, aber innerhalb des Rahmens der Verfassung für die Monarchie zu werben, halten wir für unser gutes Recht, fügte er hinzu. Dann beschäftigte Stresemann sich eingehend mit dem parlamentarischen System, wie es nach seiner Meinung sein sollte. Scharf geschliffen war der Spiegel, den er den Rechtssozialisten wegen der Aeußerung Bauers vorhielt: Eine gewisse (deutschnationale) Art der Vaterlandsliebe dürfe man nicht frei herumlaufen lassen. Was heißt das? frug Stresemann. Soll der Belagerungszustand noch ausgedehnt, sollen noch mehr Zeitungen verboten werden? Wenn es richtig sei, daß wir im Baltikum nichts zu suchen haben, wie der Reichskanzler behauptet, dann hätten wir vor Monaten schon heraus müssen. Stresemann mußte also bestätigen, daß die Unabhängigen recht hatten, als sie der konterrevolutionären Katze im Baltikum die Schelle umhängten.

Der Reichswehrminister Noske teilte mit, daß er gegen den Major Bischoff die kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet habe. Die Presse möge ihn unterstützen in der Lösung der Baltenfrage. Dann gab er Beispiele für das deutschnationale Treiben in der Reichswehr, indem er Bruchstücke aus einer Broschüre vorlas, die im Auftrage des Vorstandes der Deutschnationalen Partei in Druck gegeben ist. Wie üblich, schloß er dann mit einer Geste des starken Mannes.

Nunmehr wurde die politische Debatte vertagt, um beim Kapitel Justizministerium sofort wieder hochpolitisch einzusetzen. Der Abg. Waldstein hielt eine Rede, der man es deutlich anmerken konnte, daß sie dem neuen Reichsjustizminister Schiffer Gelegenheit zu einer Programmrede geben sollte. Er brachte zugleich allerlei Schmerzen der Rechtsanwälte vor.

Auf die Anfrage des Redners, ob eine Amnestie kommen würde, erklärte der neue Justizminister Schiffer sofort, von dem Plan einer Amnestiegesetzesvorlage weder etwas zu wissen, noch davon wissen zu wollen. Amnestien hafte etwas Uebles an. Sie erinnerten zu sehr an die Monarchie, ja, an den Absolutismus. Unsere Verhältnisse können nur gebessert werden, wenn die Rechtssicherheit wieder gestärkt wird, was nichts anderes heißt, als daß unter Schiffers Führung die Bourgeoisie das „Recht" benutzen wird, sich in der Macht zu erhalten. Sie sehen in der Rechtsprechung ein Bollwerk, das durch die Revolution lädiert wurde, nun aber verstärkt neu erstehen soll. Niemand solle fortan ungestraft wider Recht und Gesetz verstoßen dürfen — es sei denn, daß es sich um große Spitzbuben, Wucherer, Steuerdefraudanten oder Kriegsverbrecher großen Stiles handelt, nicht wahr, Herr Schiffer? Zu der Streikrechtbeschränkung und den Arbeitszwang gesellt sich also die Klassenjustiz in verböserter Auflage. Das ist zu einem Teile Sinn und Zweck des Eintritts der Demokraten in die Regierung.

Es steht zu fürchten, daß Genosse Cohn vergeblich an den Minister appellierte, seine Auffassung von der Amnestie noch einmal zu revidieren, so recht er zweifellos hatte, als er jenem vorhielt, daß selbst bürgerliche Demokraten der Meinung seien, die junge Republik hätte ihre Geburtsstunde nicht würdiger als durch die Schaffung eines Amnestiegesetzes feiern können.

Es folgte eine Debatte über das Reichsfinanzministerium, die mit einem Bericht unseres Genossen Wurm eingeleitet wurde. Danach war es nicht leicht, zur Errichtung der Landesfinanzämter zu gelangen, weil die Gliedstaaten das Recht des Einspruchs hatten und davon Gebrauch machten. Für Notstandsarbeiten haben sich 475 statt der anfangs vom Hauptausschuß beschlossenen 350 Millionen als erforderlich erwiesen. Wurm beantragte die Bewilligung dieser Summe. Sie wurde bewilligt. Außerdem wurde nach Befürwortung durch den Abg. Stolten eine Resolution angenommen, die den Wünschen Hamburgs wegen der Landesfinanzämter für Elbe und Unterweser zur Geltung verhelfen soll. Der Reichsfinanzminister Erzberger pries die Einrichtung der Landesfinanzämter als steuertechnischen Fortschritt. Sein Trost, daß die Landesfinanzämter ein Schritt zum Einheitsstaat sind, wird sehr verbittert durch die Wermutstropfen eines ungeheuerlichen Steuerdrucks.

Der Wahlerfolg von Köln.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Köln, die am vorigen Sonntag vorgenommen worden sind, stellt sich als ein außerordentlich günstiger Erfolg der Unabhängigen Sozialdemokratie dar. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der unsrigen, haben beträchtliche Stimmenrückgänge zu verzeichnen. Besonders große Verluste müssen das Zentrum, die Demokraten und die Rechtssozialisten buchen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat seit den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar ihre Stimmenzahl mehr als verdreifacht, sie ist jetzt an die dritte Stelle der Parteien gerückt. Es erhielten an Stimmen:

	Stadtverordnetenwahl	Nationalversammlung
Unabhängige Sozialdemokratie	14 129	4 246
Rechtssozialisten	78 487	119 891
Zentrum	83 779	126 777
Demokraten	12 105	33 999
Deutsche Volkspartei	9 897	18 898
Deutsch-Nationale	4 107	8 690

Die „Kölnische Zeitung" schreibt zu dem Wahlergebnis: „Der Stimmenrückgang des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokraten ist über Erwarten groß, zumal wenn man berücksichtigt, daß diese beiden Parteien am besten organisiert sind und vor der Wahl an öffentlicher Werbearbeit und am Wahltag selbst durch einen gut geleiteten Schlepperdienst ihr Menschenmöglichstes getan haben, um einen jeden der Anhänger an den Wahltisch zu bringen. Diese Wahl hat nicht nur den Sturz der Kölner Zentrumsherrschaft gebracht, sondern zugleich den Rechtssozialisten eine wahre Katastrophe eingetragen. Man muß berücksichtigen, daß die Rechtssozialisten eine täglich erscheinende Zeitung und den ganzen großen Apparat der Partei und der Gewerkschaftsbureaukratie zur Verfügung hatten, womit sie unausgesetzt auf die Arbeiterschaft einwirken konnten. Unsere Genossen dagegen verfügen erst seit einiger Zeit über ein nur zweimal in der Woche erscheinendes kleines Blatt, das naturgemäß nur notdürftig der verlogenen Agitation der Rechtssozialisten entgegentreten kann. Zudem mußte unsere Organisation nach dem Kriege von weniger erfahrenen Kräften frisch aufgebaut werden. Sie verfügten über verhältnismäßig geringe Propagandamittel, sie mußten vor allem dem Idealismus unserer Gesinnungsgenossen vertrauen. Zieht man noch in Betracht, daß die Bevölkerung von Köln, wie das die alte Sozialdemokratie früher erfahren mußte, für die politische Aufklärung schwer zugänglich ist, so muß man den Erfolg unserer Partei besonders hoch bewerten.

So zeigt auch diese Wahl den unaufhaltsamen Niedergang der rechtssozialistischen Partei und sie läßt zugleich mit Sicherheit erwarten, daß in kürzester Zeit selbst in den schwärzesten Gegenden das ganze Proletariat sich auf dem Boden der unabhängigen Sozialdemokratie sammeln wird.

Preußische Landesversammlung

Sitzung vom 8. Oktober 1919.

Die zweite Beratung des Staatshaushalts wurde fortgesetzt. Zunächst wurde der Haushalt für die Zentralgenossenschaftskasse nach kurzer Debatte angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung. Dazu lagen eine große Anzahl Anträge und Entschließungen des Staatshaushaltsausschusses vor; sie betrafen u. a. den Uebergang der Preußischen Staatseisenbahn auf das Deutsche Reich, die Beseitigung wilder Arbeiterräte, Berücksichtigung der Arbeiter und Beamten der Staatseisenbahnen im Betriebsrätegesetz, die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung und Beamtenbesoldungsfragen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser entwarf ein düsteres Bild von der Lage des deutschen Eisenbahnwesens. Hierbei erklärte er u. a., daß die bisherigen Verkehrseinschränkungen möglicherweise nicht genügen würden, und daß es dahin kommen könne, daß fast der gesamte Personenverkehr eingestellt werden müsse. In seiner bekannten Manier unterließ Herr Oeser es nicht, um seine eigene Unfähigkeit zu bedecken, die Hauptschuld an der Verkehrsmisere der „Streiklust" der Arbeiterschaft aufzubürden. Zu einer direkten Farce aber wurde seine Rede, als er die deutschen Eisenbahnen als ein „sozialistisches Unternehmen" bezeichnete!

Nachdem noch die Vertreter verschiedener Parteien ihre Wünsche geäußert hatten, wobei besonders Genosse Mehrhof einen Antrag über die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung und Genosse Paul Hoffmann eine Anfrage über die Notlage der Eisenbahner-Invaliden und -Hinterbliebenen begründeten, wurde die Sitzung auf heute mittag 12 Uhr vertagt.

Er war auch nicht auf dem Boden. Herr W. Sollmann, Mitglied der Nationalversammlung, schreibt uns: „Auf Grund des § 11 des R. P. G. ersuche ich Sie in die nächste bei Eingang dieser Zeilen noch nicht im Druck abgeschlossene Ausgabe Ihres Blattes folgende Berichtigung aufzunehmen: Die in der Nr. 485 B der „Freiheit" aufgestellte Behauptung, daß ich zu Beginn des Krieges mit meinem Redaktionskollegen auf den Boden des Hauses der „Rheinischen Zeitung" geflohen sei, ist falsch. Ferner ist falsch, daß ich mich jemals wegen einer derartigen „Tat" entschuldigt hätte, da ich sie niemals „verübt" habe.

Die Vereinigung der elsaß-lothringischen Eisenbahner beschloß in einer stark besuchten Versammlung mit Zweidrittelmehrheit den Anschluß an die allgemeine französische Arbeitervereinigung.

Das neue Heft der

„Freien Welt"

Bilder:

Foch und Hindenburg.
Ernst Toller.
Friedrich Adler.
Elsässische Deputation für Poincaré.
Indische und japanische Sozialistinnen.
Parteitag in Teplitz.
Neue Briefmarken.
Im Schulzimmer der Republik.

Zeichnungen von Karl Holtz und Bruno Werner.

Roman - Gedichte - Novellen - Notizbuch.

Heft 25 Pfennig.

Bei jedem Zeitungshändler zu haben.

Wärme!

Das, was Ihnen im kommenden Herbst und Winter am meisten not tun wird, wohlige, vor Erkältung schützende Wärme, vermitteln Ihnen aufs beste

die Weste fürs Haus, der Mantel für draußen.

Die Weste

ist aus einer warmen, dickflauschigen Ware in verschiedenen leuchtenden Farben, sehr elegant mit Tressenfassung verarbeitet, mit hübschen Taschen versehen und kostet

nur **35.-**

Der Mantel

ist aus einem ganz besonders warmen Stoff in 125 cm Länge hergestellt in verschiedenen Fantasiemustern vorrätig und zum Ueberfluß mit einem molligen Schal versehen, der gleichzeitig außerordentlich apart wirkt. Er kostet

nur **175.-**

C&A

Königstr. 33 am Bahnhof Alexanderplatz — **Chausseestr. 113** beim Stettiner Bahnhof

---

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der Schwarzkünstler.

Opernhaus Geschlossen.

Schauspielhaus 7½ Uhr: Heimat.

Deutsches Theater Direktion: Max Reinhardt. 7½ Uhr: Hamlet.

Kammerspiele 8½: Die Büchse der Pandora.

Theater i. d. **Königgrätzer Straße** 8½ Uhr: Kameraden. Freitag 7½ Uhr: Kabale u. Liebe.

Komödienhaus am der Marschallbrücke. 8½ Uhr: Liselott von der Pfalz

Berliner Theater 7½ Uhr: Bummel-Studenten.

Lessing-Theater Direktion: Viktor Barnowsky. 7½ Uhr: Christa die Tante. Freitag 7½ Uhr: Liebe. Sonnab. 7½ Uhr: Christa die Tante. Sonntag 7½ Uhr: Christa die Tante

Deutsches Künstler-Theater 7½ Uhr: Der Blaufuchs. Freit. 7½: Das Schloß a. Wenna-e. Sonnab. 7½: Der Blaufuchs. Sonntag 7½: Der Blaufuchs

Residenz-Theater. Stadthalle Jannowitzbrücke. Nachm. 4 Uhr kleine Preise: Schneewittchen. Täglich 8 Uhr: D. höhere Leben. Freitag 4 Uhr: Rotkäppchen. Sonnab. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel. Sonntag 4 Uhr: Gescheiter.

Trianon-Theater. Bei Friedrichstraße. Tel. 4037. 1381. Nachm. 4 Uhr: kleine Preise: Rotkäppchen. Täglich 8 Uhr: Maskerade. Freitag 4 Uhr: Schneewittchen. Sonnab. 4 Uhr: Aschenbrödel. Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Walhalla-Theater Weinbergsweg. Tägl. 7½ Uhr: Das Gesetz. Sonntag 3½ Uhr: Das Gesetz.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Großstadt-Pflanzen. Volksstück in 3 Akten. Vorher: „Schwarzwaldhüble". Operettenakt mit Viktor Litzek von der Komischen Oper. Dazu erstklassige Spezialitäten. Sonntag 4 Uhr: Mädchenehre.

Wintergarten. täglich 7½ Uhr. Varietévorstellung. Rauchen gestattet.

Circus Busch Jeden Dienstag u. Freitag 8 Uhr nur Boxkämpfe! Die übrigen Tage 7½ Uhr: „Aphrodite" Tragikom. Pantomime in 3 Akten v. Paula Busch inscenziert v. Hofballettm. Georges Blanvalet. Ueber das große Circus-Programm.

Voranzeige Freitag, d. 10. Oktober Uraufführung **Die letzten Menschen** Regie: Richard Oswald

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete harnröhrenleiden. Ausschlag. Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer. Erste und älteste Heil-Anstalt Löser. Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti. nur Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9, Sonnt. 10-1.

Zähne v. 1 M. an. Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben 1,50. Goldkronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechte Gebisse. Hep. Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 86. Hochb. Sprechz. 9-7.

MARMOR HAUS — **THEATER AM MORITZPLATZ**

3. Woche mit Riesenerfolg

DER GROSSE AUSSTATTUNGSFILM

PRINZ KUCKUCK

6 Akte nach dem Roman von OTTO JULIUS BIERBAUM

Regie: PAUL LENI.

Vorverkauf von 11–1 Uhr

5 - 6⁴⁵ - 8³⁰ | 6³⁰ - 8³⁰

Achtung! Achtung!

Das Kino des Nordens der **Lichtspiel-Palast** Prinzenallee 42-43

wird am Freitag, den 10. Oktober, 6.30 Uhr, mit dem großen 6aktigen Sensationsdrama

Blondes Gift

nach dem bekannten Roman von Paul Landenscheidt. Hauptdarstellerin: **Hedda Vernon** und einem köstlichen Lubitsch-Lustspiel eröffnet.

Achtung! 4. Kreis U. S. P. Achtung!

Im Büro Königsberger Str. 27 sind Billetts für eine Vorstellung

Das Gesetz

im Walhalla-Theater, Weinbergsweg, zum Freitag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, zum Preise von Mk. 2,— und 1,50 zu haben.

Man verlange heute bei allen Straßenhändlern und an den Kiosken

Die Tribüne

Herausgeber Karl Schneidt

und lese die Artikel: Auflösung der Nationalversammlung und Milliarden für das Volk

„Tribüne"-Verlag, Zimmerstraße 86, Nähe Friedrichstraße

Platin Gramm 60 M. Gebisse bis 850 M.

Zähne mit Platinstiften 3 M. bis 40 M. Gold, Silber, in jeder Form, kauft

Frau **Linke**, Blücherstraße 40, 8 bis 8 Uhr. Portal II, II. Et.

Baustellen

Gemeinde Heiligensee a. Bahnhof Schulzendorf

beste Anlage für Ersparnisse

mit nur **M. 500**

Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von **M. 100**

Auskünfte u. Pläne an nur ernste Reflektanten und zwar persönlich durch

Berliner Bodenverein

Friedrichstr. 158, I. Stock. Telephon Zentrum 1043. An Ort und Stelle durch Hemmann, Jägerweg 1.

Platina Gramm 60 M.

Zähne mit Platinstift 3 M.—40 M.

Alte Gebisse bis 750 M.

Gold, Silber kauft

Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II

(Ecke Anklamer Straße und Brunnenstraße).

21., 22. Okt. **Bar Geld** 24., 25. Okt.

Wohlfahrts-Lotterie Rote Kreuz

108 000 L. 3667 Gew. W.	250 000 L. 10 690 Gew. W.
100000 M.	**220000 M.**
Lose 3.30 Porto u. Liste 50 Pf. mehr.	Lose 3.30 Porto u. Liste 50 Pf. mehr.

10 Lose, auch sortiert, mit Porto und Liste nur 33 M.

Emil Hause & Co., Berlin, Bredowstr. 9

Filialen: Wallstr. 1. Königstr. 55. Müllerstr. 3b. Rosenthaler Str. 71. Leipziger Str. 104.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Former

Albert Behrendt,

Wittenau, Bahnhofstr. 7, am 4. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am 9. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Wittenau statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Willi Puchert,

Neukölln, Donaustr. 16, am 28. d. M. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Schmerzliches Gedenken zum Todestage!

Ganz plötzlich und unerwartet starb am 10. Oktober 1918, nach 4jährigen Entbehrungen, im Lazarett in Lukow (Russisch-Polen) an Lungenentzündung, unser lieber, guter Sohn, Bruder und Schwager, der Landsturmmann

Max Hentschel

im Alter von 26 Jahren.

Ein einzig Sehnen und ein einzig Hoffen erfüllte mich für Deine Wiederkehr, doch ach das Schicksal hat mich hart getroffen, denn meine Augen sehn dich nimmermehr. Deine Dich nie vergessende Mutter Augusta Hentschel.

U.S.P. Neukölln 20. Bezirk.

Am Dienstag, den 7. Oktober verstarb unser Genosse, der Tischler

Bernhard Hackbarth

Hermannstraße 213.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10 Oktober, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Bierfahrer

Fritz Klaucke

am 1. d. M. im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau und herzensgute Mutter

Jenny Tiedtke

am 7. Oktober, nachmittags 4 Uhr, sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Alex Tiedtke nebst Tochter Lucie.

Facharzt Dr. Meyenberg für **Krankheiten der Harnorgane** 11–1 und 5–7 Potsdamer Strasse 27 b.

Elektromotore Gleichstrom u. Drehstrom kauft **Ingenieurbureau Schlichting** Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 3706 und 654

An unsere Leser!

Die Nachricht über das Attentat auf den Genossen Haase lief gestern bei uns ein, als die Abendausgabe sich bereits im Druck befand. Um unsere Leser aber noch durch die Abendausgabe über das Attentat zu unterrichten, wurde der Druck unterbrochen. Es entstand dadurch eine Verzögerung in der Herstellung des Blattes und eine etwas spätere Zustellung an unsere Abonnenten als an sonstigen Tagen.

Redaktion und Verlag der „Freiheit“.

Der Streik der Metallarbeiter.

Die Lage.

40 Firmen haben bis jetzt die Vereinbarungen, die wir ihnen unterbreitet, unterschriftlich anerkannt; die Kollegen dieser Firmen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Trotz des Abganges der Streikenden dieser Firmen ist die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten um 3500 gestiegen. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben, die die Forderungen bewilligt haben, beweist aufs neue — sofern es eines solchen Beweises überhaupt bedarf —, daß die Bewegung ein reiner Lohnstreik ohne jede politische Tendenz ist.

Die vom Metallkartell veranstaltete freiwillige Sammlung für die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter hat in den ersten drei Tagen 100 000 Mark ergeben. Täglich laufen neue Summen ein. Die Fünfzehnerkommission hat beschlossen, für alle diejenigen Streikenden und Ausgesperrten, die sich drei volle Wochen im Streik befinden, mit Einschluß der Nichtorganisierten, eine Unterstützungszulage von 5 Mark zu zahlen. Die Art der Zahlung geben wir durch Inserat bekannt, und wir bitten, dieselbe strengstens zu beachten. Bei weiterem Einlauf von Geldern behalten wir uns vor, den Kreis der zu Unterstützenden zu erweitern bzw. die Summe zu erhöhen. Wir bitten alle organisierten Arbeiter Groß-Berlins, sich rege an den Sammlungen zu beteiligen, damit wir in der Lage sind, allen an uns gestellten Ansprüchen gerecht werden zu können.

Trotz der Beschwerde der Fünfzehnerkommission beim Polizeipräsidenten und Oberkommando nehmen die Truppenzusammenziehungen um Berlin weiteren Fortgang. Außer in Siemensstadt und Oberschöneweide werden Truppen jetzt in Lübars und Waidmannslust zusammengezogen. Durch die vollständig unnötige Besetzung der Siemensstadt mit Truppen wird der Schulbesuch in Siemensstadt unmöglich gemacht. Die Schulen sind von Truppen belegt, die Kinder wurden vom Schulbesuch entbunden.

Unsere Bestrebungen, die streikenden Arbeiter geistig zu beschäftigen und von der Straße zu entfernen, werden vom Kapitalismus durchkreuzt. Wir hatten mit dem Bund für proletarische Kultur die Vereinbarung getroffen, daß derselbe für die Streikenden und Ausgesperrten künstlerische Veranstaltungen trifft. So hatte sich das Theaterpersonal des Theaters „Tribüne“ bereit erklärt, die Vorstellung von Tollers „Wandlung“ unentgeltlich zu übernehmen. Die Geldgeber des Theaters „Tribüne“ haben die Absicht des Personals durchkreuzt, so daß die Vorstellung abgesagt werden muß. Also auch das Theater fühlt sich als Bestandteil der kapitalistischen Einheitsfront gegen die Metallarbeiter.

Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Berlins scheint sich eifrigst zu bemühen, den Streik der Metallarbeiter zu untergraben. Folgendes Schreiben wird heute der Fünfzehnerkommission vorgelegt:

Technische Nothilfe. Berlin, 6. Oktober 1919.
Kurfürstendamm 193-194.

Auf Veranlassung der Berliner Leitung der Sozialdemokratischen Partei übersenden wir Ihnen beiliegend 75 Exemplare. Wir bitten Sie, unsern Aufruf an die „Arbeiter und Volksgenossen“ in unserm Sinne verwenden zu wollen.

Hochachtungsvoll
Technische Nothilfe.
Zentrale Propaganda.

Beiliegend 75 Flugblätter.

Wir fragen die Sozialdemokratische Parteileitung Groß-Berlins, ob es zutrifft, daß die wirtschaftliche Streikbrecherorganisation Technische Nothilfe ihrerseits unterstützt wird.

Gasglühlicht- und Elektromonteure der Stadtabteilung Auer befinden sich im Streik. Wir ersuchen die Kollegen aller anderen Firmen, Streikarbeit für die genannten Firmen abzulehnen.

Die Branchenversammlung der Graveure faßte folgende Resolution:

„Die am 7. Oktober 1919 stattfindende Branchenversammlung der Graveure erachtet es für ihre Pflicht, die im Kampfe stehenden Kollegen der Metallindustrie in jeder Beziehung zu unterstützen und alle Arbeiten für Groß-Berlin, die von der Bewegung erfaßt sind, unbedingt zu verweigern und alle dazu notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.“

Deutscher Metallarbeiterverband.
Das Metallkartell der Groß-Berliner Gewerkschaften.
Die Fünfzehnerkommission.

Außerordentliche Generalversammlung der Metallarbeiter.

In einer starkbesuchten außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, wurde gestern abend im „Patzenhofer“ von der Streikleitung den Funktionären Bericht über die Streiklage erstattet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mit Empörung Kenntnis von dem Attentat auf Genossen Haase genommen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Berlin, nimmt mit tiefster Empörung Kenntnis von dem ruchlosen Attentat auf den Genossen Haase, dem verdienten Führer des klassenbewußten Proletariats.

Nach der Ermordung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Kurt Eisners u. a., nun das Attentat auf Haase.

Auch dieses zweifellos ein Ausfluß der reaktionären Hetze gegen die Führer des Proletariats.

Die verbrecherische Duldsamkeit der Regierung gegen die Mörder der Führer der Arbeiterschaft, reizt feige Mordbuben zu weiteren Verbrechen an.

Den Bericht der Streikleitung erstattete Genosse Rusch. Er schilderte eingehend die Hetze der bürgerlichen Presse. Weiter berichtete er über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister und dem Polizeipräsidenten über Aufhebung des Verbotes der 30 Versammlungen. Die wankelmütige Haltung Schlickes und die Stellungnahme des Polizeipräsidenten Ernst, der nur im Interesse der „Mehrheitspartei“ arbeite, seien Schuld daran, daß Arbeiterblut neuerdings wieder in Berlin geflossen sei. Wenn auf der bürgerlichen Seite versucht wurde, den wirtschaftlichen Streik in einen politischen umzulügen, liefen aus dem Lager der Arbeitsgenossen anderer Industriegruppen täglich Sympathiekundgebungen ein. 100 000 Mark seien von den Arbeitern in drei Tagen für die streikenden Metallarbeiter aufgebracht worden. Das reiche bei weitem nicht aus und es sei zu erwarten, daß der Zufluß von Geldmitteln in den nächsten Tagen sich vergrößern würde. Von der Zentrale der Technischen Nothilfe, dieser behördlich genehmigten Streikbrecherorganisation, sei ein Schreiben, angeblich auf Veranlassung des Parteivorstandes der S. P. D., mit Flugblättern eingelaufen, in denen die Arbeiter aufgefordert werden, sich der Technischen Nothilfe zur Verfügung zu stellen. Treffe es zu, daß der Parteivorstand der S. P. D. seine Hand dabei im Spiele habe, dann sei festgestellt, daß die sozialdemokratische Partei für eine Streikbrecherorganisation Propaganda mache. Einer Aeußerung des Vorstandes der S. P. D. werde entgegengesehen. Die Gewerkschaftskommission nehme heute abend Stellung zum Streik und würde vorerst wohl versuchen, eine Verhandlungsbasis zu schaffen, ehe sie aktiv eingreife. Am Mittwoch nachmittag sei ein langes Schreiben des Reichsarbeitsministers eingelaufen, in dem er die Parteien im Interesse des Volkes und seiner Wirtschaft auffordert, in Verhandlungen einzutreten, und zwar auf folgender Basis:

„Beide Parteien treten erneut in Gruppen der einzelnen Berufe zusammen, um diese in die im Schiedsspruch vom 21. August festgesetzten Lohnklassen einzuordnen. Jeder Gruppe bleibt es unbenommen zu den Verhandlungen Vertreter der Organisation hinzuzuziehen. Die den Arbeitern nach dem Schiedsspruch zu gewährenden Zuschläge betragen abweichend von dem Schiedsspruch vom 21. August, auch für die 5. Lohnklasse je 10 Pfg.

Sollte bei den Verhandlungen eine Verständigung zwischen den beiden Parteien nicht erzielt werden können, so entscheidet ein im Einvernehmen beider Parteien vom Reichsarbeitsministerium ernannter Sachverständiger endgültig.

Diese Entscheidung, sowie die Vereinbarung der Parteien bilden Bestandteile eines mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1919, im übrigen aber nach den Bestimmungen des Schiedsspruchs vom 21. August 1919 geltenden Tarifvertrages.“

Genosse Rusch fuhr fort, daß die Fünfzehnerkommission noch nicht Stellung zu diesem Vorschlage hätte nehmen können. Er stehe auf dem Standpunkte, daß der Vorschlag nicht ohne weiteres abgelehnt werden dürfe. Er ersuchte die Versammlung, hierzu Stellung zu nehmen.

Ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag aus der Versammlung verlangte, daß über den Vorschlag des Reichsarbeitsministers keine Diskussion stattfinden solle, der Vorschlag solle der Fünfzehnerkommission, die bewiesen habe, im Interesse der Arbeiter wirken zu können, überwiesen werden.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, vom 8. 10. 19, weist mit Entrüstung und Abscheu die Beschimpfungen und Verleumdungen ihrer streikenden Brüder und Schwestern durch die Presse zurück. Bürgerliche Presse und sonstige Organe des Scharfmachertums unternehmen einen Lügenfeldzug in der Absicht, die Bevölkerung in der einseitigsten Art und Weise gegen die Streikenden zu beeinflussen. Man will diesem wirtschaftlichen Existenzkampf, politische Tendenzen anhängen, damit der verbrecherische Plan, einen Abbau der Löhne vorzunehmen, unter dem Schutze einer Pogromstimmung vollauf gelingen kann.

Das Geschick der Metallarbeiter in Berlin wäre der Leidensweg unserer Berufsgenossen in ganz Deutschland, ja aller Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedenen Berufe. Somit führen die Metallarbeiter einen Kampf, der in seiner Bedeutung weit über die engeren Berufsgrenzen hinausragt.

Darum rufen wir in diesem Kampf die Berliner Gewerkschaftskommission zur Unterstützung auf. Desgleichen erhoffen wir, daß der Verbandstag sich einmütig auf den Boden der kämpfenden Arbeiter stellt. Wir erwarten die moralische und finanzielle Unterstützung und appellieren an die Solidarität aller Proletarier.

An unsere im Kampf befindlichen Kollegen und Kolleginnen richten wir den flammenden Appell, auszuharren in diesem Kampf, bis das Ziel der Bewegung, die wirtschaftliche Forderung, erreicht ist.

Der Fünfzehnerkommission sprechen wir unser Vertrauen aus, und wünschen, daß der Kampf mit allen Mitteln verschärft werden muß.

Dunkle Machenschaften von rechts und links.

Verleumdungen der Streikenden und Unwahrheiten über den Stand der Bewegung bilden nach wie vor den

---

8)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

Sie hatte die Welt in den Abgrund der Tollheit gestürzt. „Sie nennen es Krieg!“ rief der Redner. „Ich aber nenne es Mord!“ Dann schilderte er ihnen mit glühenden Worten, was sich zu dieser Stunde in Europa ereigne — er führte ihnen das Grauen vor Augen: Häuser fliegen in die Luft, Mauern bersten, Städte gehen blutrot in Flammen auf, Menschenleiber werden von Kugeln durchbohrt, von Granaten zerfetzt. Er malte ihnen auf schaurigste Weise aus, wie ein Bajonett in eines Menschen Eingeweide fährt, sie sahen das Furchtbare mit eigenen Augen, erkannten bebend das ungeheuerliche Verbrechen. Männer, Frauen und Kinder saßen wie gebannt, und dies eine Mal konnte keiner behaupten, der sozialistische Agitator trage die Farben zu dick auf, nein, selbst Ashton Chalmers, der Direktor der Nationalbank, oder der alte Abel Granitch, der Besitzer der Empire-Maschinenfabrik, vermochten dies nicht zu tun.

V.

Und was ist die Ursache dieses furchtbaren Unglücks, das über die Welt hereingebrochen ist? Der Redner führte aus, das entscheidende Motiv sei nicht Rassenhaß, sondern kommerzielle Habsucht. Der Urquell des Krieges ist der nach neuen Märkten schreiende Weltkapitalismus, der danach strebt, sich seiner Ueberproduktion zu entledigen, seine Herden von Lohnsklaven daheim zu beschäftigen. Der Kandidat zerlegte die einzelnen Faktoren — heute, da sich über ihren Häuptern der Sturm zusammenballt, werden die Frauen und Männer ihn anhören, endlich erkennen, daß die Sache sie persönlich angeht. — „Ich warne Euch, glaubt nicht, vor den Hufen des Kriegsungeheuers in Sicherheit zu sein, weil es dreitausend Meilen entfernt von Euch tobt. Der Kapitalismus ist ein Weltphänomen, die Gewalten der Ausbeutung und des Schmarotzertums, die Europa dieser Tragödie zugetrieben, sind auch in Amerika tätig. Die Geldherren, die Profitjäger werden sich beeilen, aus dem Zusammenbruch über dem Ozean Nutzen zu ziehen: Eifersucht und Hader werden entstehen, und wenn es dem Weltkapitalismus nicht gelingt, aus diesem Krieg einen Weltkrieg zu machen, so wird dies nur geschehen, weil das amerikanische Proletariat zur rechten Zeit auf die Warnung hört und Vorbereitungen trifft, um diese Verschwörung zunichte zu machen!“

Dies habe er ihnen verkünden wollen, dies sei der Kern seiner Botschaft. Viele seiner Zuhörer waren Flüchtlinge aus der alten Welt. Leute, die der Unterdrückung und Knechtung entflohen waren. Zu diesen sprach er nun flehentlich, wie ein Mensch, dem übergroßes Leid das Herz zerreißt, möchte doch ein Teil dieser schönen Erde vor dem Einbruch der Dämonen bewahrt bleiben! Möchten sich doch die Arbeiter, bei Zeiten gewarnt, organisieren, ihren Apparat der Informationen und Propaganda erbauen, damit, wenn die Krise kam und die Geldherren Amerikas in die Kriegsposaune stießen, nicht Elend und Zerstörung — nach dem Verlangen der Herren — kämen, sondern Glück und Freiheit der kooperativen Gemeinschaft.

„Seit wieviel Jahren warnen euch die Sozialisten! Ihr aber habt an uns gezweifelt und den Worten eurer Ausbeuter geglaubt. Heute jedoch, in dieser Stunde der Krise blickt nach Europa hinüber und erkennt, wer die wahren Freunde der Menschlichkeit und der Zivilisation sind! Welche Stimme tönt über die See und protestiert gegen den Krieg? Die sozialistische Stimme, einzig und allein die sozialistische Stimme! Und diese Stimme hört ihr heute abend auch hier, in diesem Raum. Männer und Frauen Amerikas, und ihr, Verbannte von allen Enden der Erde — tut ein Gelübde, tut es heute, bevor es zu spät ist, und haltet daran fest in der Stunde der Not! Schwört bei dem Blute unserer Märtyrer, der hingeschlachteten deutschen Sozialisten, schwört, daß, was immer geschehe, keine Macht auf Erden, in der Hölle oder unter der Erde euch in diesen brudermörderischen Krieg treiben wird! Faßt diesen Beschluß, entsendet die Botschaft an alle Nationen der Erde: Die Männer aller Nationen und aller Rassen sind unsere Brüder, wir werden nie und nimmer ihr Blut vergießen! Wollen die Geldherren und Ausbeuter Krieg, gut, mögen sie ihn untereinander ausfechten. Mögen sie die Bomben und Granaten nehmen, die sie selbst hergestellt haben, und wider einander ziehen! Mögen sie ihre eigene Klasse in die Luft sprengen. Doch nicht das Proletariat in ihre Kämpfe locken!“

Immer wieder und wieder brandete Beifall auf; Männer erhoben die Hände zu feierlichem Gelübde, und die Sozialisten verließen die Versammlung, neuen Ernst in den Gesichtern, heiligen Entschluß im Herzen. Sie hatten ein Gelübde getan, sie würden es halten, selbst dann, wenn es für sie das gleiche Los bedeutet, wie für die heldenhaften deutschen Genossen.

Am nächsten Morgen stürzten sie sich auf die Zeitungen, begierig, mehr über das Schicksal der deutschen Genossen zu erfahren — und fanden hierüber kein Wort. Tag für Tag suchten sie in den Blättern nach Details und fanden sie nicht. Im Gegenteil, sie lasen zu ihrer größten Bestürzung, daß die Führer der deutschen Sozialdemokratie für die Kriegskredite gestimmt hatten, und daß die „Gemeinen“ der Bewegung bereits in Reih und Glied nach Belgien und Frankreich marschierten! Sie vermochten es kaum zu glauben, daß die Nachricht, die sie an jenem Sonntag so sehr erschüttert hatte, bloß eine schlaue Lüge der deutschen Kriegshetzer gewesen sei, zu dem Zweck erdacht, die Sozialisten Belgiens, Frankreichs und Englands zum Aufstand zu treiben und so Deutschland den Sieg zu sichern.

Drittes Kapitel.

Jimmie Higgins wohnt einer Debatte bei.

Die graue Flut des Entsetzens wogte über Belgien dahin; morgens und nachmittags glichen die ersten Seiten der Leesviller Zeitungen einer Explosion. Fünfundzwanzigtausend Deutsche im Sturm auf Lüttich gefallen, eine viertel Million Russen in den Masurischen Seen ertrunken, den Lesenden schwindelte es; sie sahen vor ihren Augen Reiche und Zivilisation zu Staub zerfallen, alle Gewißheiten, auf denen sie ihr Leben aufgebaut hatten, zerflossen wie Nebel bei Sonnenaufgang.

Bisher hatte Jimmie Higgins nie eine Tageszeitung halten mögen; er wollte keine Kapitalistenlügen lesen, verwendete lieber sein spärliches Geld für sozialistische Wochenschriften. Jetzt jedoch trieb es ihn, die neuen Nachrichten zu erfahren; todmüde nach der Tagesarbeit, saß er vor seinem Hause, die zerrissenen Schuhe gegen einen Pfosten gestützt, und studierte die Telegramme. Dann pflegte er meist zum Zigarrenkiosk des Genossen Stankewitz zu wandern, einem vertrockneten kleinen rumänischen Juden, der einen Atlas besaß und in Europa gelebt hatte. Dieser zeigte Jimmie, wo Rußland liege, erklärte ihm, weshalb die Deutschen durch Belgien marschierten und warum England in den Krieg eingetreten sei. Es war gut, einen weitgereisten, sprachkundigen Mann zum Freund zu haben, besonders, als bei Przemysl und Przasnysz Kämpfe stattfanden.

(Fortsetzung folgt.)

Hauptbestandteil der Berichterstattung in den bürgerlichen Blättern. Da die Behauptung, der Streik der Metallarbeiter verfolge politische Zwecke, keinen Eindruck mehr macht und vor allem nicht die gewünschte Wirkung erzielt hat, versucht man es jetzt auf eine andere Art. Man behauptet unermüdlich, große Teile der Metallarbeiter seien unzufrieden mit der Streikleitung und des Kampfes überdrüssig, und die Folge davon sei, daß sich zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen — von der Belegschaft ganzer Betriebe ist die Rede — wieder zur Arbeit melden. Wie aus dem obigen Bericht der Streikleitung hervorgeht, geschieht das allerdings, aber natürlich nur in den Betrieben, die die Forderungen bewilligt haben. Im übrigen sind diese von der bürgerlichen Presse mit dem „Berliner Tageblatt" an der Spitze verbreiteten Nachrichten völlig aus der Luft gegriffen.

Aber vielleicht gelingt es dem Berliner Vorstand der S. P. D. mit Hilfe seiner guten Beziehungen zur „Technischen Nothilfe", auf die der Bericht der Streikleitung ebenfalls ein bezeichnendes Licht wirft, den Streikbruch zu organisieren. Uns überraschen diese Beziehungen nicht, denn wir halten jene Leute jeder Schandtat gegen das Proletariat für fähig.

Aber auch andere Elemente empfinden den großen Kampf der Metallarbeiter unbequem. So berichten die Streikleiter, daß die Kommunisten in ganz unverantwortlicher, geradezu verbrecherischer Weise in den Betrieben nicht nur die Sammlungen für die Streikenden sabotieren, sondern ganz offen ausgesprochen haben, daß sie mit allen Mitteln für ein Niederbrechen unseres Streiks agitieren wollen, um auf diese Weise die Zerstörung der Gewerkschaften möglich zu machen. Wie sie in ihren Versammlungen anführen, erhoffen sie dadurch eine Stärkung ihrer Organisation. Wie sie in einer Versammlung im Norden Berlins mitteilten, glauben sie, zirka 30 000 Mitglieder einzufangen, wenn der Streik mit einem Mißerfolg enden sollte. Verbohrte Schädlinge der Arbeiterschaft, die dem Phantom eines neuen Syndikalismus nachlaufen, der durch die neuen Betriebsorganisationen seine sagenhafte Kraft zur Befreiung der Arbeiterklasse entfalten soll, indem er das Proletariat seines einzigen Machtmittels, der geschlossenen und tatkräftigen Organisation beraubt, — verbohrte Schädlinge von links machen sich so des gleichen Verbrechens schuldig, wie die Nachtsozialisten, deren Treiben wir gestern kennzeichneten.

Im „Vorwärts" macht übrigens ein „erfahrener Gewerkschaftsführer" einen Vergleichsvorschlag. Der erfahrene Mann legt dar, daß die Stimmung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen ungünstig sei, da die große Ausdehnung der Bewegung auf beiden Seiten eine störende Nervosität erzeugt habe. Darum sei der Streik, dieses Hindernis für einen Vergleich, zunächst zu beenden und die Arbeit sei auf der ganzen Linie wieder aufzunehmen. Wir würden den Mann gern kennen lernen, um zu erfahren, wo er seine „Erfahrungen" mit einer solchen Taktik, die nach allen ernsten gewerkschaftlichen Erfahrungen der sicherste Weg zur Niederlage der Metallarbeiter wäre, gemacht hat. Der Streikleitung dürfte der Vorschlag einige Augenblicke wohlverdienten Vergnügens bereitet haben.

Im übrigen sind die Bemühungen um Verhandlungen keineswegs abgebrochen, obwohl sie im Augenblick nur geringe Aussicht auf einen sofortigen Erfolg haben dürften.

Sympathiekundgebungen.

Das Ortskartell Berlin der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände" verbreitet in großer Auflage ein Flugblatt, das die Angestellten von neuem zur Wahrung unbedingter Neutralität auffordert und dringend vor Streikarbeit warnt.

Weitere Solidaritätskundgebungen sind beschlossen worden von den Schoßarbeitern des Verbandes der Schuhmacher, von den Arbeitern der Auto-Reparatur-Werkstatt des Postfuhrhofes, Melchiorstraße und von den Fensterputzern der Firma „Berliner Glaser-Innung".

Daß es bei diesen platonischen Kundgebungen nicht bleibt, zeigt das Ergebnis der Sammlungen. Aber die Berliner Arbeiter dürfen nicht nachlassen. Noch viel eifriger als bisher müssen die Sammlungen fortgesetzt werden. Die Arbeiterschaft darf ihre kämpfenden Klassengenossen in der Metallindustrie nicht im Stiche lassen.

Achtung! Streikende und ausgesperrte Metallarbeiter aller Organisationen Groß-Berlins!

Die Fünfzehnerkommission hat beschlossen, daß allen denen, die sich bereits drei Wochen im Streik befinden, von den Sammlungen erstmalig eine Extraunterstützung von 5 Mark gewährt werden soll, und zwar für alle Organisierten und Unorganisierten. Kollegen und Kolleginnen! Bei den Organisierten ist ganz gleich, welcher Organisation sie angehören.

Zur Durchführung dieser Maßnahme hat die Fünfzehnerkommission beschlossen, daß zum Montag, den 13. Oktober, die Obleute aller Betriebe diejenigen Streikkontrollkarten einzusammeln haben, bei denen die Voraussetzung des dreiwöchigen Streiks bereits besteht. Die Obleute haben sich mit diesen Kontrollkarten am Montag, den 13. Oktober, im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83-85, Zimmer 9, zur Empfangnahme des Geldes einzufinden.

Jede weitere Auskunft wird bis dahin im Bureau, Zimmer 9, nur an die einzelnen Obleute oder Organisationsvertreter erteilt.

Die Maschinisten und Heizer.

Ueber eine Mitglieder-Versammlung der Maschinisten und Heizer, die außerordentlich stark besucht war, geht uns folgender Bericht zu:

Kollege Fröhlle sprach in längeren Ausführungen über den Verlauf des Kampfes in der Metallindustrie.

Kollege Rusch sprach noch über die Bewegung im allgemeinen und geißelte die Haltung der bürgerlichen Presse, welche versucht, diesem rein wirtschaftlichen Kampf politische Motive unterzuschieben. Sämtliche Diskussionsredner verurteilten aufs Entschiedenste die Haltung der Metall-Industriellen und befürworteten diesen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Einstimmig wurde beschlossen, wenn der Aufruf ist erfolgt in corpore den Kampf aufzunehmen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, daß jeder Kollege bei einem Wochenverdienst bis zu 100 Mark 5 Mark, darüber hinaus 10 Mark wöchentlich zum Streikfonds zu zahlen hat. Die Erhöhung des Beitrages von 1 Mark auf 1,25 Mark und des Eintrittsgeldes von 1 Mark auf 1,50 Mark wurde bis zur nächsten außerordentlichen Generalversammlung vertagt.

Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

Die heute im Gewerkschaftshause tagende Versammlung aller Maschinisten und Heizer Groß-Berlins erklärt sich mit den im schwersten wirtschaftlichen Kampf stehenden Arbeitern der Metallindustrie solidarisch! Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln sind wir bereit den Kampf zu unterstützen, der auch der unsere ist! Schulter an Schulter sind wir bereit den Ueberfall des vereinten Kapitals auf das Proletariat und auf die Versammlungsfreiheit der Gewerkschaften abzuwehren. Wir sprechen unseren Brüdern in der Metallindustrie unsere wärmste Sympathie aus und sind bereit dem Ruf der Streikleitung und der Berliner Gewerkschaftskommission zu folgen, wenn es gilt einzutreten für die allgemeinen Interessen der Berliner Arbeiterschaft!

Vorher nahm die Mitgliederversammlung noch Stellung zur Wahl eines Verbandsbeirates. Als Kandidat wurde Kollege Müller, Spandau aufgestellt, Kollege Gleich als Vertreter.

*

Die Branchenleitung der Elektromonteure hat ein Informationslokal bei Großmann, Gartenstr. 9, Ecke Schrederstraße, eingerichtet. Auskunft wird erteilt in der Zeit von ½8 bis ½5 Uhr nachmittags. Alle Kollegen sind dort hinzuweisen.

Kleinbau „Siemens-Schuckert". Betriebsversammlung Donnerstag nachmittag ½3 Uhr im Stadtpark, Jungfernheide.

Wichtige Informationen, eine grüne Stofftasche mit zwei Verbandskarten, zirka 15 Streiklarten und 2 Listen im Zug nach Schönhauser Allee verlorengegangen; abzugeben im Streiklokal Tegeler Weg 97. Die Unterstreikleitung.

Der Bremer Straßenbahnerstreik dauert nun schon 15 Tage. Einigungsverhandlungen, die unter Vorsitz des Bürgermeisters zwischen den Straßenbahnern und der Direktion stattfanden, sind den „N. P. N." zufolge gescheitert.

Daimler, Marienfelde. Freitag mittag 12 Uhr bei Strihke, Mariendorf, Großbeerenstraße, Betriebsversammlung. Die Vertrauensmänner erscheinen um 9 Uhr.

Achtung! R. Frister A.-G., Oberschöneweide. Freitag, den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, Betriebsversammlung Tabberts Boldschiößchen.

Kollegen der Firma Hartung A.-G., Lichtenberg. Von 1—84 zur Unterschrift der Quittung am 9. d. Mts., 1 Uhr, im Streiklokal.

Achtung! Ludwig Löwe, Huttenstraße. Die Streikenden, die die Kontrollnummern 1 bis 342 führen, werden ersucht, am Donnerstag, den 9. Oktober, vorm. von 9 bis 12 Uhr, sich im Streiklokal einzufinden zwecks Unterstützung. Die Vertrauensleute werden gehalten, Abrechnung der Billette sofort zu erledigen. Die Streikleitung.

Deutsche Nationalversammlung.

93. Sitzung, Mittwoch, den 8. Oktober 1919.

Unter allgemeiner Bewegung eröffnet Präsident Fehrenbach die Sitzung und macht dem Hause, dessen Mitglieder sich von ihren Sitzen erhoben haben, Mitteilung von dem Attentat auf den unabhängigen Abgeordneten Haase. Es ist schon zu Ihrer Kenntnis gekommen, daß auf ein Mitglied des Hauses, den Abgeordneten Haase, unmittelbar vor dem Reichstagsgebäude ein Attentat verübt worden ist. Unser Kollege Haase ist getroffen worden. Wir alle hoffen, daß die Wunde keine verderbliche ist und daß weitere Folgen damit nicht verknüpft sind. Es ist mir gesagt worden, daß dem Anschein nach irgendwelche schwere Folgen damit nicht verbunden sein dürften. Ueber die Motive des Täters, der festgenommen worden ist, ist weiter nichts bekannt. Wir haben auch keinerlei Mutmaßungen. Ich nehme an, daß es der Ansicht des ganzen Hauses entspricht, wenn ich dem Abgeordneten Haase, seiner Familie und seiner Fraktion die herzlichste Teilnahme des Hauses zum Ausdruck bringe mit dem Wunsche, daß keine schweren Folgen mit dieser Tat verbunden sein mögen. (Zustimmung auf allen Seiten.)

Politische Aussprache.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß zu diesem Punkte als Redner noch die Abgeordneten Stresemann und Haase gemeldet waren. Da die Unabhängige Fraktion nicht sofort für Haase einen anderen Redner stellen kann, soll ihr vorbehalten bleiben, später das Wort zu diesen Fragen zu erhalten. Nach dem Abg. Stresemann wird die Aussprache heute geschlossen und nötigenfalls später mit der Rede des unabhängigen Abgeordneten, also morgen oder übermorgen, noch einmal eröffnet werden.

Abg. Stresemann (D. Vp.): Als erster Redner aus dem Hause möchte ich noch einmal dem Gefühl Ausdruck geben, daß wir alle ohne Unterschied der Partei Abscheu empfinden gegen eine derartige Tat. Wir haben alle den Wunsch, daß der Abgeordnete Haase bald wieder seine Tätigkeit hier aufnehmen wird.

Die Nationalversammlung leidet an einem Mangel an Autorität. Der Mangel an Transportmitteln ist eine internationale Erscheinung. England will unser Wirtschaftsleben zerstören. Das Mitbestimmungsrecht der Angestellten und Arbeiter erscheint an sich als ein ethisches Moment, aber in unserer Zeit der parteipolitischen Zerrissenheit wird es zu einem Kampf der verschiedenen Organisationen gegeneinander führen. Wir haben zwei siegreiche Kriege nicht zur inneren Fortentwicklung des Volkes benutzt. Bei uns ersticken die besten Ideen in der Demokratie. Wir werden hoffentlich bald wieder zur freien Wirtschaft kommen. Wir lehnen jeden monarchischen Putsch ab, werden aber innerhalb der Verfassung für den monarchischen Gedanken werben, weil wir aus Vernunftsgründen Monarchisten sind. (Beifall rechts.) Die Republik hat keine moralischen Eroberungen in Deutschland gemacht; selbst Noske hat das auf der Konferenz der Berliner Parteifunktionäre zugegeben. Uns trennt eine Welt von den Auffassungen der Regierung; wenn sie aber praktische Wege für den Wiederaufbau Deutschlands zeigt, werden wir sie unterstützen. (Beifall rechts.)

Reichswehrminister Noske: Unerträglich ist es, wenn einzelne Parteien und Zeitungen die Truppen im Baltikum darin bestärken, dem Rückmarschbefehl nicht Folge zu leisten. Mit wüsten Schimpfereien auf die Truppen ist bei ihnen nichts zu erreichen. Ich ehre auch die Motive, die viele Soldaten veranlaßten, draußen zu bleiben. Sie fürchten die Arbeitslosigkeit, den Terror und den Boykott. Es ist auch richtig, daß

die Truppen im Baltikum

sich in ihren Erwartungen betrogen fühlen. Als Not an Mann war, hat die lettische Regierung ihnen die Einbürgerung versprochen und keine Einwendungen erhoben, als in Werbungen den Truppen Ansiedlung in Aussicht gestellt wurde. (Hört! Hört!) Wären vor Monaten die deutschen Truppen aus dem Baltikum weggegangen, gäbe es wahrscheinlich heute keine lettische Regierung. (Sehr richtig.) Das alles aber ändert nichts an der Notwendigkeit, das Land zu räumen. Die Regierung wird alles daran setzen, um Deutschland vor einem neuen schweren und ernsten Konflikt mit der Entente zu bewahren. Offene Unbotmäßigkeiten, offener Ungehorsam werden so geahndet werden, wie es sich gehört. Der Aufruf des Majors Bischoff an die Eiserne Division ist ein Maß von Insubordination, von Auflehnung gegen die Interessen des Reiches, daß dagegen mit allem Nachdruck eingeschritten werden muß. (Beifall links.) Ich habe telegraphisch General Eberhard angewiesen, gegen unbotmäßige Führer sofort das Verfahren einzuleiten. Gegen Major Bischoff ist kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet. Mit allem Nachdruck und tiefstem Ernst richte ich an einen großen Teil der deutschen Presse die Aufforderung, der Regierung ihre schwere Arbeit nicht noch weiter zu erschweren. Es ist gemeingefährlich, daß die Truppen dauernd von manchen Stellen aus in ihrer Widersetzlichkeit bestärkt werden. Wie leichtfertig ein Teil der Presse vorgeht, zeigte dieser Tage ein Blatt, das mit Riesenlettern die Ueberschrift brachte: „General von der Goltz russischer Ueberläufer", während es in kleiner Schrift die Richtigkeit der Meldung selbst bezweifeln mußte. (Hört! Hört!) Wahr ist, daß

General von der Goltz

völlig loyal und korrekt seine Pflicht tat. Vor allem sucht die deutschnationale Presse die Truppen in ihrem Widerstande zu bestärken. Sie spricht von einem Verrat an den Truppen, „Verrat am deutschen Baltenland"; sie wirft der Regierung Schamlosigkeit vor und so fort. Graf Posadowsky hat die Verantwortung für solche Ausschreitungen der Presse abgelehnt. Die deutschnationale Fraktion kann aber die „Deutsche Zeitung" nicht von sich abschütteln, denn als dieses Blatt wegen seiner schamlosen Hetze verboten werden mußte, schrieb mir der Abg. von Graefe einen sehr unliebenswürdigen Brief, wie ich mich unterstehen könnte, gegen das Blatt vorzugehen. Die deutschnationale Presse treibt in dieser Angelegenheit ein unverantwortliches Spiel. Bei den Truppen soll der Eindruck hervorgerufen werden, daß sie auf deutschem und nicht auf fremdem Boden stehen. Wir können nicht dulden, daß ein 60-Millionen-Volk durch solche Schreibereien in schwerste Gefahr gebracht wird. Wir würden gewissenlos handeln, wenn wir solchen Ausschreitungen nicht entgegentreten würden. (Sehr richtig! links.)

In der letzten Woche wird von deutschnationaler Seite ganz systematisch das leidliche Vertrauensverhältnis zu untergraben versucht, das sich zwischen mir und den Offizieren herangebildet hat. Die Rechte aber tanzt auf einem Vulkan, wenn sie mir die Arbeit auf diese Weise noch schwerer macht. (Sehr richtig! links.) Der preußische Offizier hat es nie als eine Beschimpfung angesehen, wenn man auf seine Armut hinwies. Nichts anderes habe ich getan. (Aha!-Rufe rechts.) Jetzt sucht man das bißchen mit unendlicher Mühe geschaffene Militärwesen durch eine Broschüre zu zermürben, die an die Soldaten verteilt werden sollte.

Darin wird gesagt, daß in Wahrheit in Deutschland Unabhängige und Spartakisten regieren, daß keine Veranlassung bestehe, der Regierung den Treueid zu leisten, daß die Regierung nichts für die Zukunft der Soldaten tue, usw. Diese Sudelschrift, dieses Pamphlet ist gedruckt in der „Deutschen Tageszeitung". (Hört, hört! links.) Durch Einsichtnahme in die Bücher bei einer Haussuchung konnten wir feststellen, daß

der Auftraggeber der Vorstand der deutschnationalen Volkspartei

ist. (Stürmisches Hört, Hört! links, lärmende Zurufe rechts; Zurufe bei den Soz.: Warum greift man nicht zu?) Ganz selbstverständlich ist gegen die Schuldigen Strafantrag gestellt worden. (Beifall links.) Gegen eine so frivole und unerhörte Weise, die Soldaten zur Treulosigkeit und Unbotmäßigkeit zu verleiten, muß scharf zugegriffen werden. (Links: Beifall und Zurufe: das sind Landesverräter; rechts Zurufe: Kiel.) Meine Tätigkeit in Kiel hat das Licht nicht zu scheuen. Auch General Ludendorff hat von meiner Kieler Tätigkeit gesprochen. Er ist der letzte, der ein Recht hat, ob ich vor der Geschichte verantworten könnte, was ich in Kiel getan habe. (Sehr richtig! links.) Ruhmredigkeit liegt mir fern. Wenn aber damals nicht 10 000 wildgewordener Matrosen wie eine Sturmflut sich über ganz Deutschland ergossen und Schrecken über das ganze Land gebracht haben, so danken Sie das dem Umstande, daß ich Tag für Tag und Stunde für Stunde dort mein Leben in die Schanze geschlagen habe. (Beifall links, Lärm rechts.) Unser Land blutet aus hunderttausend Wunden. Heilung kann nur kommen, wenn in allen Schichten des Volkes die Erkenntnis reift, daß es nicht angeht, jetzt in unseren Wunden auch noch mit schmutzigen Fingern zu wühlen. Wir mahnen fortgesetzt zur Einsicht und zur Vernunft. Wo aber diese Mahnung nicht hilft, muß zur Tat geschritten werden. Das gilt sowohl für Sie (nach rechts), wie für die Herren auf der äußersten Linken. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Lärm rechts und bei den U.-Soz.)

Hierauf wird die politische Aussprache vorläufig abgebrochen.

Es folgt der

Haushalt der Reichsjustizverwaltung.

Abg. Waldstein (Dntl.): Justizwesen und Rechtspflege müssen erneuert werden. Der Reichsjustizminister ist ein Minister von der höchsten politischen Bedeutung. Auf die Laienjustiz können wir unter keinen Umständen verzichten, doch muß sie auf besondere Fälle beschränkt werden. Hoffentlich wird der neue Justizminister ein Minister der Reformen sein.

Reichsjustizminister Dr. Schiffer: Das Recht muß in höherem Maße als bisher in die Politik eindringen. Wir müssen den Rückweg zum Rechtsstaat finden. Aus der Revolution zur Gesetzlichkeit zurückkehren. Wir müssen unserer wirtschaftlichen Lage wegen zu festen, rechtlichen Grundlagen kommen. Die Absicht, **eine Amnestie zu erlassen, besteht nicht.** Ich müßte Bedenken tragen ihr zuzustimmen. In der jetzigen Zeit muß man das Recht stärken und nicht schwächen. Es befinden sich mehrere Vorlagen über Gerichtsverfassung und anderes in Ausarbeitung und sollen der Nationalversammlung vorgelegt werden. Es wird unsere Aufgabe sein, Recht und Volk einander näher zu bringen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Unser Mißtrauen gegen die Justiz ist gewachsen. Ich verweise nur auf die Schutzhaftschande. Das militärische Interesse, das früher zur Begründung der Schutzhaft diente, hat jetzt reinpolitischen Gesichtspunkten Platz gemacht. **Die Schutzhaft ist eine politische Maßnahme geworden,** über deren Zweckmäßigkeit aber nach wie vor **Militärgerichte entscheiden,** die von Politik nichts verstehen. Diesem unerträglichen Zustand muß ein Ende gemacht werden. **Den Belagerungszustand,** den wir jetzt haben, verdanken wir nicht dem kaiserlichen Deutschland, sondern dem preußischen Staatsministerium. **Wir fordern, im Gegensatz zum Minister, eine Amnestie.** Man überspannt den Rechtsgedanken, wenn man aus juristischer Haarspalterei eine Amnestie vereitelt. Die Amnestie ist ein politischer Akt höchster Ordnung, und die junge, deutsche Republik hätte das Inkrafttreten der neuen Verfassung nicht besser begehen können, als wenn sie durch eine großzügige Amnestie mindestens alle politischen Verbrecher befreit hätte.

Abg. Dr. **Sinzheimer** (Soz.): Jetzt ist die Zeit zu weitgehenden Reformen auf dem Gebiete des Strafrechtes und des Strafprozesses gekommen. Zur demokratischen Verfassung muß dazu kommen, daß alle Einrichtungen des Staates von neuem Geist durchdrungen sein müssen. Man muß nicht nur die Sätze des materiellen Strafrechtes ändern, sondern auch Untersuchungshaft und Strafvollzug müssen von Grund auf anders werden. Es gibt erschütternde Taten, an denen wir nicht vorübergehen dürfen. Der Vollzug der Untersuchungs- und Strafhaft muß durch gesetzliche Bestimmungen geregelt werden. Außerdem aber brauchen wir eine durchgreifende Zivilprozeßreform. Die bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte müssen möglichst aufgehoben werden. Nur ein Teil der Arbeiterschaft hat Sondergerichte. Diese sind daher auszubauen, besonders für die Landarbeiter und das Gesinde. Die neue Zivilprozeßordnung muß den Rhythmus unserer Zeit haben. Wir müssen das Hauptverfahren konzentrieren. Der heutige Typus des Juristen entspricht nicht mehr der heutigen Zeit. Nicht die sind die besten Richter, die die besten

Juristen, sondern die die besten Menschen sind. (Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Schiffer: Der Individualismus kann nur gefördert werden, wenn man der geschichtlichen Ausbildung ihr Recht läßt. Eine Aenderung des Zivilprozeßverfahrens wird angestrebt. Hierbei wird auch die Frage der Sondergerichte geprüft werden. Vielleicht können an ihrer Stelle die allgemeinen Gerichte volkstümlich ausgebaut werden. Sobald die Vorarbeiten für die Reform des Strafrechts abgeschlossen sind, wird der Entwurf der Kritik der Oeffentlichkeit übergeben werden. Der Belagerungszustand besteht nur deshalb, weil die bisherigen Maßregeln aufrecht erhalten werden müssen. Sobald das neue Reichsgesetz über den Belagerungszustand ergangen sein wird, wird auch diese Frage ihre Erledigung finden.

Damit ist die Aussprache über die Reichsjustizverwaltung erledigt es folgt

der Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Wurm (U. Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Ich bin dem Finanzminister dankbar dafür, daß er vom Tage seiner Amtsübernahme an mit der Beamtenschaft aller Länder Fühlung genommen hat.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich werde noch im Laufe der Zeit Gelegenheit haben, Ihnen den Grundgedanken der Reichsfinanzreform darzulegen. Es ist ein einheitlicher Plan vorhanden. Die Schaffung der Reichsorganisation der Steuer ist ein bedeutungsvolles Ereignis. Die Organisation der Landesfinanzämter entspricht noch ihrer Abgrenzung nicht meinem Ideal. Ich bitte das Haus dringend, die Reichsabgabeordnung noch in diesem Monat zu erledigen, dann ist das Fundament gelegt, auf dem ein einheitlicher Plan aufgebaut werden kann. Wir mußten schon vor dem allgemeinen Plan zu neuen Steuern greifen, weil die Reichsschuld von Monat zu Monat wächst. Wir nehmen daher die Steuern vorweg, für die eine gewisse Einigkeit herrscht, und dann die Vermögenssteuern. Mit dem Reichsnotopfer ist die Vermögensbesteuerung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Vorarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die neue Besoldungsordnung am 1. April 1920 in Kraft tritt. Bis dahin müssen aber die neuen Steuern bewilligt sein. In allen Beamtenfragen werden wir in enger Fühlung mit den Beamtenorganisationen vorgehen.

Abg. Stolten (Soz.): Die Abgrenzung der Landesfinanzämter muß nach ihrer Zweckmäßigkeit erfolgen. Die Regelung, die jetzt vorgesehen ist, ist auf die Dauer ganz unhaltbar. Auch sind wir der Ansicht, daß die Kosten für die Verwaltung eines Landesfinanzamts, das für den nordwestlichen Bezirk mit Hamburg errichtet werden müßte, nicht viel größer sein dürfen als die Kosten für ein hamburgisches Amt allein. Wir haben in Hamburg eine große Zahl von Kaufleuten, die in Hamburg ihr Geschäft betreiben, aber ihre Wohnung in benachbarten preußischen Gemeinden haben. Und einen Teil ihres Einkommens dort versteuern. Es wäre nötig, daß hier geregelte Zustände eintreten.

Abg. Dr. Blunck (Dnatl.) regt an, die Frage der Finanzämter durch Reichsgesetz zu regeln.

Finanzminister Erzberger: Die Verhältnisse im Hamburger Hafen sind tatsächlich unhaltbar. Herr Blunck möge bedenken, daß die Weimarer Tage vorüber sind, daß es jetzt heißt Mitarbeiten. Der Haushalt für das Reichsfinanzministerium wird erledigt.

Donnerstag, 1 Uhr, Interpellation Scheidemann (Soz.) über die Preistreibereien im Schuhwarenhandel, Pensionsfonds, Fortsetzung der politischen Aussprache, Reichspostverwaltung.

Schluß 6¾ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Wie sie sich schmieren lassen!

Nach der Revolution nennen sich bekanntlich alle Angestelltenverbände „Gewerkschaften". Sie wissen, daß jetzt auch die Angestellten von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt sind, und da sie den Abmarsch ihrer Mitglieder ins Lager des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten aufhalten und unaufgeklärte Berufsgenossen einfangen wollen, nehmen sie den früher so verspotteten Titel „Gewerkschaften" an. Aber sie nahmen auch nur den Titel an. In Wirklichkeit sind sie noch heute, was sie waren, **Söldlinge der Arbeitgeber**. Unter keinen Umständen wollen sie die Sympathien der Arbeitgeber verlieren. Sie dürfen sich diese Sympathien nicht verscherzen, da es für die wirtschaftsfriedlichen Verbände eine Lebensfrage ist, die Beiträge und Unterstützungen der Arbeitgeber zu erhalten. **Denn allen Ableugnungen zum Trotz haben diese Verbände noch heute viele tausend Arbeitgeber in ihren Reihen.** Noch jetzt sind eine große Anzahl Direktoren von Aktiengesellschaften, Aufsichtsratsmitgliedern und ganze Handelskammern unterstützende Mitglieder dieser Verbände. Noch jetzt nehmen diese Verbände Zuwendungen, oder deutlicher gesagt, Schmiergelder von großen Industrie- und Handelshäusern. Der Illustration dieser Behauptung diene nachfolgende Mitteilung:

Am 24. April 1919 erhielten
der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, Harkortstraße,
der Kaufmännische Verein von 1858, Bezirk Dresden,
der Verband reisender Kaufleute
von der Zigarettenfabrik Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Dresden, durch Scheck je 3000 M. überwiesen. Die Verbände haben den Betrag angenommen und quittiert.

Am 9. April 1918 nahmen dieselben Verbände sowie auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Kaufmännische Verein für weibliche Angestellte je 2000 M. mit folgendem Begleitschreiben:

Wir beehren uns, Ihnen in der Anlage unseren Scheck über
2000 M.
zu überreichen mit der Bitte, diesen Betrag zum Besten der gemeinnützigen Bestrebungen Ihres Vereins freundlichst verwenden zu wollen.

Wir bitten, guter Ordnung halber um gefällige Empfangsbestätigung und empfehlen uns Ihnen
mit vorzüglicher Hochachtung
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft.

Die Verbände scheinen sich in ihrem Wohlverhalten den Arbeitgebern gegenüber gebessert zu haben, denn während sie im Jahre 1918 mit 2000 M. abgefunden wurden, erhielten sie im Jahre 1919 3000 M. Schmiergelder. Wieviel werden sie im nächsten Jahre bekommen?

Angestellte, sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege, die letzte Kollegin es erfahren: **Alle dem Zentralverband der Angestellten entgegenstehenden Verbände sind gelb und wirtschaftsfriedlich.**

Zur Krisis im Steinsetzerverband.

Zu diesem Thema wird uns vom Vorstand der Filiale Berlin bestätigt, daß die sogenannte Beitragssperre nicht gegen den Verband, sondern gegen den unrechtmäßigen Kassierer gerichtet ist. In der Tat zahlen die Mitglieder nach wie vor ihren Beitrag. Sobald der Zentralvorstand den ordnungsgemäß gewählten Filialvorstand anerkannt hat, wird er den ihm zustehenden Teil der Beiträge, der vorläufig deponiert wird, erhalten. Der Filialvorstand appelliert an die Kollegen, sich durch keinerlei Drohungen einschüchtern zu lassen und nur Bekanntmachungen und Einladungen des Filialvorstandes Folge zu leisten.

Die Beiträge sind vom Sonnabend, den 11. Oktober ab, abends 7—9 Uhr, an die Obleute, die mit Ausweisen versehen sind, in folgenden Lokalen zu entrichten: Bezirk Norden: bei Max Kroll, Utrechter Straße Ecke Hennigsdorfer Straße bei Mügle, Hochstr. 13. Bezirk Reinickendorf-Ost: bei F. Leonhard, Provinzstraße 83a. Bezirk Moabit: bei F. Gerlig, Quitzowstr. 100. Bezirk Nord-Osten: bei Remisch, Swinemünder Str. 61, bei Hummel, Sophienstr. 5, bei Harn, Kopenhagener Str. 6. Bezirk Pankow: Bei Schumann, Brehmestr. 53. Bezirk Weißensee: bei Hennig, Langhansstr. 37. Bezirk Niederschönhausen: bei E. Dittmann, Blankenburger Str. 20. Bezirk Osten: bei Huth, Warschauer Str. 61. Bezirk Lichtenberg: bei Pahl, Kronprinzenstraße 46. Bezirk Süd-Osten: bei Eichler, Oranienstr. 186. Bezirk Süd-Westen: bei Maaß, Bergmannstr. 93.

Der Vorstand der Filiale Berlin. J. A.: Oskar Arlt.

Stellungnahme zum Schiedsspruch des gemeindlichen Zentralausschusses.

Eine gemeinsame Versammlung der Lohnkommissionen und Betriebsobleute der in städtischen Betrieben beschäftigten Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter, Eisenbahner, Gärtner usw. kamen nach eingehender Erwägung, unter Berücksichtigung der vom Staats- und Gemeindearbeiter-Verband eingereichten niedrigeren Forderungen zu dem Beschluß, den Kollegen die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen.

Heftige Empörung wurde unter den Anwesenden ausgelöst, als bekannt wurde, daß es Organisationsvertreter des Gemeindearbeiter-Verbandes waren, die gegen den Antrag des Transportarbeiter-Verbandes auf höhere Entlohnung der **Aushilfsarbeiter**, die nur tageweise beschäftigt werden, und für die der soziale Teil des Tarifvertrages daher nicht in Frage kommt, Stellung nahmen. Der Antrag ist dann auch, obgleich er für die Aushilfsarbeiter, den Aermsten der Armen, einen Ausgleich für die bisherige Schlechterstellung schaffen sollte, vom Siebenmänner-Kollegium, dem Zentralausschuß, dem drei Vertreter des Gemeindearbeiter-Verbandes als Mitglieder angehören, abgelehnt worden.

Eine gemeinsame Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Handwerker der in Frage kommenden Organisationen soll nun in den nächsten Tagen über die endgültige Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches entscheiden.

Achtung Klavierarbeiter!

In Gera sind die Arbeiter der Pianofabriken Liebmann und Wilh. Späthe ausgesperrt. Die Firma Späthe unterhält in Berlin, Potsdamer Str. 136/137, ein Magazin. Die Kollegen aller Betriebe haben jeden Versuch, Instrumente dorthin zu liefern, mit allen Mitteln zu verhindern. Die Branchenleitung.

Funktionäre des Zentralverbandes der Schuhmacher. Anläßlich eines Aufrufes des Vollzugsrats zur Bildung von Industriegruppen findet am Freitag, 7 Uhr abends, in den Sophiensälen, zu diesem Zweck eine Versammlung statt. Kein Vertrauensmann darf fehlen. Die Ortsverwaltung.

Achtung Töpfer! Bezüglich des neuen, am 1. Oktober 1919 in Kraft getretenen Lohntarifvertrages geben wir hiermit noch bekannt: Die Arbeitszeit beträgt im Oktober 46 Stunden pro Woche. Arbeitszeit von 8 bis 5 Uhr mit je ½ Stunde Frühstücks- und Mittagspause; des Sonnabends ist um 3 Uhr Arbeitsschluß. In den Monaten Januar, Februar, November und Dezember beträgt die Arbeitszeit pro Tag 7 Stunden; Arbeitsschluß um 4 Uhr, des Sonnabends um 3 Uhr. Lohnabzug darf für Sonnabend nicht erfolgen. Die Summe über 2,20 Mark Fahrgeld pro Woche hat der Arbeitgeber zu zahlen. Das Fahrgeld wird berechnet von der Wohnung des Arbeitnehmers bis zur Arbeits- resp. Geschäftsstelle. Für Eckschienen an Stelle von Kachelecken, die nicht auf dem Fußboden aufstehen oder nicht durch Zapfen oder Verschraubung mit der Unterlagschiene verbunden sind, pro Stück 2 Mark, andernfalls 1,50 Mark. Ab 1. Oktober darf nur auf verglasten Bauten gearbeitet werden. Die Bauleitungen sind jetzt schon darauf aufmerksam zu machen.

Groß-Berlin.

Die Kriegsverletzten und Invaliden in der Straßenbahn.

Wer in der Gegend eines Lazaretts und Ambulatoriums den Straßenbahnwagen besteigen will, sieht viele hilflose Kriegsverletzte und Kriegsinvaliden, die ebenfalls die Straßenbahn benutzen wollen und auch benutzen müssen. Viele können sich nur mühsam an Krücken fortbewegen. Im Straßenbahnwagen sieht man, wie sie ihre paar Groschen zusammensuchen, um den Fahrpreis zu erlegen. Das war bis vor kurzem anders. Da konnten diese Aermsten die Straßenbahn ohne Entgelt benutzen. Diese Vergünstigung ist neuerdings fortgefallen, wie überhaupt die Freifahrt auch für manche andere Kategorien in Fortfall gekommen ist. Der Wohltätigkeitsrummel, der bei Beginn des Krieges im Schwange war, ist gewichen. Orden und Ehrenzeichen wirken nicht mehr, wenn sie auch nicht abgeschafft sind; vor allem aber ist der Gebereifer dahin. Und rund heraus gesagt, sind wir auch nicht dafür, Notleidende auf Wohltaten zu verweisen. Recht müssen sie haben, Anrecht auf das, was sie zu erhalten haben. In erster Linie trifft dieser Grundsatz auf die Kriegsinvaliden und Kriegsverletzten zu, die ihre Knochen und ihre Gesundheit haben opfern müssen. Die Fahrt dieser Kriegsteilnehmer auf der Straßenbahn zum Lazarett und zur Klinik legt ihnen große Opfer auf, und es war bisher schon ein Skandal, daß die Militärverwaltung die Kriegsverletzten auf das Wohlwollen einer Verkehrsgesellschaft anwies, anstatt ihnen die Mittel zu geben, die den Verletzten die Fahrt auf der Straßenbahn zur Klinik und zurück ermöglichte. Von alledem scheint die Militärverwaltung sich zu drücken. Hier muß die Militärbehörde an ihre Pflicht erinnert werden, und es ist eine Schande, daß sie nicht freiwillig diese Pflicht erfüllt, wie sie überhaupt ihre Pflichten gegen die Kriegsinvaliden, Kriegsverletzten, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in der sträflichsten Weise vernachlässigt.

Es ist ein Skandal, daß die Leute, die ihr Blut hingegeben haben, heute als Bettelnde behandelt werden, während für Eiserne Divisionen und für überflüssige Noskemänner das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird.

Zur Frage der Milchversorgung.

Zwischen den Vertretern der Fettstelle Groß-Berlin und denen des Brandenburgischen Landbundes fand auf Veranlassung der Beteiligten unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg eine Aussprache über die künftige Milchversorgung Groß-Berlins statt, die zur Klärung verschiedener Mißverständnisse führte.

Die Vertreter der Fettstelle Groß-Berlin erklären auch hier, daß in der vielgenannten Kommunalisierung keineswegs eine Verewigung der Zwangswirtschaft auf dem Lande zu finden sei, daß die Fettstelle im Gegenteil mit der vorgeschlagenen Förderung der Genossenschaften selbst den Weg vom reinen behördlichen Zwange hinweg zur Selbstregelung gewiesen habe, und daß für die Zeit der Wiederkehr normaler Verhältnisse ein ländlicher Lieferungszwang nicht erstrebt werde.

Die Fettstelle wird mit den landwirtschaftlichen Körperschaften der Provinz in dauernder Verbindung bleiben, um gemeinschaftlich zweckmäßige Maßnahmen zu erwägen, die einerseits der ungeheuren Milchnot in der Stadt steuern, andererseits die Lieferungswilligkeit der Landwirte nicht beeinträchtigen.

Die Vertreter des Brandenburgischen Landbundes erklärten, daß sie ihren Mitgliedern besonders ans Herz legen würden, alle verfügbare Milch nach Berlin zu liefern.

Zu dem Mordversuch in der Seestraße 60,

ist zu berichten, daß Frau Gruber am Dienstag abend im Virchowkrankenhause ihren Verletzungen erlegen ist. Die beiden jungen Männer, die am Freitag, den 3. Oktober, um 7 Uhr abends, aus der Gruberschen Wohnung herauskamen, haben sich inzwischen gemeldet. Sie kommen für die Tat nicht in Frage. Die weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß die Tat vermutlich schon am Freitag, den 3. Oktober d. J., gegen 10 Uhr abends begangen wurde, denn um diese Zeit wurde auffallender Lärm in der Wohnung der Frau Gruber gehört. Die Frau Gruber pflegte in den späten Abend- bzw. Nachtstunden ihre Wohnung noch zu verlassen, um Herrenbekanntschaften zu machen. Mehrfach ist sie noch spät nachts in den Straßen in der Nähe ihrer Wohnung gesehen worden und hat auch wiederholt Herren, die sie dort kennengelernt hatte mit in ihre Wohnung genommen. Sie fiel in den letzten Tagen durch den Kopfverband auf, den sie wegen des früher erlittenen Autounfalles trug. Es ist hiernach nicht ausgeschlossen, daß sie von einem Liebhaber in ihrer Wohnung überfallen wurde. Wahrscheinlich ist der Täter, ebenso wie die Frau Gruber, entkleidet gewesen, auch wird er Blutflecke, besonders an seiner Unterkleidung, erhalten haben. Ob der Täter das zur Tat benutzte messerartige Instrument fortgeworfen hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. Vielleicht ist irgend jemand das Fehlen eines größeren Messers aufgefallen bei einem Manne, der entweder in der Nacht zum Sonnabend oder zum Sonntag mit blutiger Kleidung nach Hause kam. Natürlich wird er seinen Bekannten gegenüber irgendeine Erklärung für das Blut an seiner Kleidung gegeben haben.

Unaufgeklärt ist auch noch der Verbleib des etwa ¾ Meter langen, etwa ½ Meter hohen braunen Rohrplattenkoffers, der bestimmt noch am Freitag abend in der Wohnung war, sowie der fehlenden Kleider, besonders eines rohseidenen Kleides. Es ist als sicher anzunehmen, daß diese Sachen seit Freitag bzw. Sonnabend letzter Woche irgendwo untergestellt, verkauft oder verpfändet worden sind.

Unter Hinweis auf die Belohnung von 1000 Mark werden alle Personen, die glauben, Angaben machen zu können, ersucht, sich umgehend bei den Kriminalkommissaren Boese und Tegtmeyer im Zimmer 52 des Polizeipräsidiums zu melden.

Wegen Verstoßes gegen den § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand wurde gestern der Vorsitzende des Internationalen Bundes für Kriegsbeschädigte, Tiedt, zu einem Monat Haft verurteilt. Tiedt war beschuldigt, am 28. August einen Demonstrationszug Unter den Linden geleitet und eine Ansprache gehalten zu haben. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld führte die Verteidigung und wendete sich mit aller Schärfe gegen das vom Staatsanwalt beantragte hohe Strafmaß von drei Monaten. Das Urteil lautete wie mitgeteilt.

Falkenhagen. Auf Grund der Mieterschutzverordnung vom 22. Juni d. J. ist für den Gemeindebezirk Falkenhagen eine Anordnung erlassen worden, wonach der Abschluß eines jeden Mietsvertrages dem Gemeindevorstand anzuzeigen ist.

Hohe Löhne. Uns wird mitgeteilt: Bei der Firma Dr. Goldschmidt, Zeitungsausschnitt-Bureau, Chausseestraße 116, erhalten neu eingetretene Mädchen 14 M. (in Worten: vierzehn) und Mädchen vom 16. Lebensjahr ab 18 M. (in Worten: achtzehn) Wochenlohn. Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich Arbeiter derartige Löhne gefallen lassen.

Die Lichtenberger Kartenausgabestelle für Lebensmittelkarten und Kohlenkarten in der Schule Scharnweberstraße 19, werden vom 13. Oktober ab **für das Publikum** nur noch **wochentäglich von 8—1 Uhr** geöffnet sein. Durch diese Beschränkung soll den Beamten und Angestellten, namentlich auch im Interesse der Licht- und Kohlenersparnis, die Möglichkeit gegeben werden, die Bureauarbeiten in den regulären Dienststunden nach 1 Uhr erledigen zu können, ohne daß im allgemeinen Ueberstunden gemacht werden müssen.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche Zeugen bei dem Unfalle am Mittwoch, den 1. 10. waren, als ein Mann in den 40er Jahren auf einem Fahrrad von einem Wagen der Linie 32 in der Chausseestraße erfaßt und zu Boden geschleudert wurde und einen Schädelbruch davontrug, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Anna Rodieg, Malplaquetstraße 40, im Laden, einzusenden. Unkosten werden vergütet.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Vom Donnerstag, den 9. d. M., wird auf die „C II"-Kinderkarte eine Büchse Kondensmilch auf die Dauer von 4 Tagen verabfolgt. Auf die „C I"-Kinderkarte wird ¼ Liter Vollmilch ausgegeben. Die ½-Liter-Krankenkarten werden am 9. und 10. Oktober dieses Jahres mit ¾ Liter Vollmilch beliefert. Die Gruppe I und II der Magermilchbelieferung wird vom 9. d. M. bis auf weiteres mit je ½ Liter Magermilch beliefert. — Es entfallen auf den Abschnitt 85 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 250 Gramm ausländisches Maismehl für 1,45 Mk. und auf die Abschnitte 87 und 88 derselben Karte je 150 Gramm — zusammen 300 Gramm inländische Hülsenfrüchte für 60 Pfg. Die Abschnitte sind in der Zeit vom 9. bis 12. Oktober cr. in den Kleinhandelsgeschäften abzugeben.

Spandau. Am Sonnabend, den 11. Oktober, beginnt der Verkauf von Margarine auf Abschnitt 3: 100 Gramm 80 Pfg. Am 16. verliert der Abschnitt seine Gültigkeit. Am Donnerstag, den 9. Oktober, von 8 Uhr vormittags ab findet in den Fleischverkaufsstellen der Verkauf von amerikanischen Schweineprodukten statt. Auf Feld 77 der Einfuhrzusatzkarte 125 Gramm zum Preise von 1 Mk. Auf zwei über eine halbe Wochenmenge lautende Fleischabschnitte der Binnenschifferkarte dürfen 200 Gramm verabfolgt werden. Von Donnerstag, den 9. Oktober, vormittags 8 Uhr ab werden auf dem hiesigen Güterbahnhof direkt ab Wagen frisch eingetroffene Winteräpfel zum Preise von 67 Mk. pro Zentner abgegeben. Die städtischen Spezialverkaufsstellen sind wieder mit Weißkohl beliefert worden. Der Preis beträgt für Weißkohl 7 Pfg. pro Pfund.

Nowawes. Vom Montag, den 13. d. M., ab werden auf jede Krankenbrotkarte 2 Krankenbrote zu 860 Gramm und außerdem auf jedes Krankenbrot zu 860 Gramm 300 Gramm Schwarzbrot ausgegeben.

Aus den Organisationen.

Westliche Vororte. Der Kursus des Genossen Stöffinger: Wie lese ich die Zeitung" beginnt am Freitag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, in Wilmersdorf, Cäcilienschule, am Nikolsburger Platz. Anmeldungen zu dem Kursus ½ Stunde vor Beginn.

Niederbarnim-Ost und Nord. Der Schlußabend des Kursus vom Genossen Däumig findet am Freitag, abends 7 Uhr, im Café Bellevue statt.

Neukölln. Donnerstag vormittag 9 Uhr **Zahlmorgen** für alle Nacht- und Schichtarbeiter bei Kaffuhn, Erkstr. 8. Dortselbst abends 7 Uhr Weiterbildungskursus Kuhnert. — 16. Bezirk: Donnerstag, den 9. Oktober, Bezirksversammlung bei Greif, Hermannstraße 186/187. Vortrag: Verfassungsfragen.

Neukölln. Bezirksführer wichtiges Material im Parteibureau abholen. Dort können Unterstützungsmarken zum Streikfonds der Metallarbeiter zu 5 Mk. entnommen werden.

Bildungs-Ausschuß Lichtenberg. Der **Moralunterricht** beginnt am Freitag, nachmittags 3 Uhr, in der Gemeindeschule Wanse-

Straße 81/82. Weitere Meldungen werden jederzeit vom Gen. Oswald Preißer, Heinrichstraße 1a, entgegengenommen. — Am Sonnabend 7—8 Uhr abends beginnt im Lokal von Wilh. Schulz, Kronprinzenstraße 47, im Anschluß an die Bibliotheksstunden ein literarischer Bildungskursus.

Röntgental, Zepernick. Donnerstag, den 9. Oktober, abends ½8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Marx, Röntgental. Vortrag des Genossen Neumann (vom Vollzugsrat). Die Arbeiterräte.

Vereinskalender.

Sektion des Transportarbeiter-Verbandes! Funktionäre der Textil- und Bekleidungsbranche weisen wir besonders auf die heute Donnerstag abend 7 Uhr im Börsensaal, Burgstraße, stattfindende Versammlung des Gewerkschaftskartells der Bekleidungsindustrie mit dem Vortrag des Genossen Däumig hin. Niemand fehle bei der Wichtigkeit der Materie.

Angestellte der Norddöstlichen Textilindustrie. Freitag abends 7½ Uhr Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, Versammlung aller Angestellten dieser Industrie. Bericht über die am Montag stattgefundenen Tarifverhandlungen. Der Zentralausschuß der freien Angestellten-Verbände Groß-Berlin.

Jugendliche Betriebsvertrauensleute und Schülerräte der Fach- und Fortbildungsschulen. Am Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7½ Uhr, findet eine außerordentliche Vollversammlung im Gewerkschaftshaus (Saal 3), Engelufer, statt.

Fachgruppe 15, Elektro-Industrie. Die zum Donnerstag, den 9. Oktober, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße, anberaumte Versammlung aller Angestellten muß umständehalber ausfallen. Erneute Einladung ergeht.

K. P. D. Arbeiterräte! Am Freitag, den 10. Oktober, findet eine Fraktionssitzung mit sehr wichtiger Tagesordnung nur für Arbeiterräte statt. Ort und Zeit ist beim Bezirksbetriebsobmann gegen Ausweis zu erfahren.

Chemische Industrie und chemischer Großhandel. Am Donnerstag, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz. Tagesordnung: Bericht über die Bewegung in der Sektion. Mitgliedsbuch als Ausweis. Gäste dürfen eingeführt werden.

U. S. P.-Fraktion der Vereinigung soz. Lehrer und Lehrerinnen. Donnerstag abends 7 Uhr pünktlich, Hinter der Garnisonkirche 2. Wahlen zum geschäftsführenden Ausschuß und Sozialistisches Schulprogramm.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Handelsarbeiter im Einzelhandel. Donnerstag abends 7 Uhr, Unions-Brauerei, Hasenheide 22/31, Branchenversammlung. Berichterstattung über die Verhandlungen vor dem Berliner Einigungsamt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sozialistische Studentenpartei. Donnerstag abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Universität, Auditorium 122. Tagesordnung: Satzungsänderungen und Neuwahl.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Ortsverwaltung Neukölln I und II. Donnerstag abends 7,30 Uhr im Großen Saal der „Berliner Kindl-Brauerei", Hermannstraße. Oeffentliche Mitgliederversammlung. Referat: Kapitalismus und Sozialismus.

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlung sämtlicher Fabrikvertrauensleute am Freitag abends 5½ Uhr, Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25. Streik in der Metallindustrie. Pünktliches Erscheinen dringend erforderlich.

Intern. Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Bezirk Norden 5. Bezirksversammlung Freitag abend 7 Uhr in der Schulaula, Schönfließer Straße. — Bezirk Norden 7. Bezirksversammlung am Montag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, Reichs-Festsäle, Prinzen-Allee 33.

Arbeiter-Eltern-Bund. Freitag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung in der Schulaula, Hohenlohe-Straße. Tagesordnung: 1. Die sozialistische Erziehung der Proletarierkinder. Ref. Genossin Dr. Klara Weyl. 2. Was will der Arbeiter-Eltern-Bund? Ref. Genosse Gustav Müller.

Freie Jugend, Gruppe Gesundbrunnen. Donnerstag, abends 7 Uhr, im Lokal von Mann, Wriezener Straße 43: Korreferat für den Vortrag über die U. S. P., anschließend die Generaldiskussion über K. P. D. oder U. S. P. D.

Freie Jugend, Gruppe Osten, Königsberger Straße 7. Freitag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, Vortrag: „Was will die freie soz. Jugend?" Erscheinen aller Jugendlichen unbedingt erforderlich.

Freie soz. Jugend, Gruppe Osten. Achtung! Schulentlassene nebst Eltern laden wir hierdurch zu der am Sonntag, den 12. d. M., abends 6 Uhr, im Jugendheim, Königsberger Straße 7, stattfindenden Begrüßungsfeier freundlichst ein.

Volkshochschule Reinickendorf. Für den westlichen Ortsteil, in der Aula der 5. Gemeindeschule, Auguste-Viktoria-Allee, findet am Donnerstag, den 9. Oktober, abends ½8 Uhr, ein Vortrag von Leo Kestenberg über „Beethoven" statt. Der Vortrag wird am Flügel erläutert. Karten zu 1 Mk. sind am Aulaeingang zu haben.

Reinickendorf. Am 10. Oktober, abends 7½ Uhr, in Hartmanns Brauerei, Scharnweberstraße, Reinickendorf-West, große öffentliche Volksversammlung. 1. Vortrag über Kleinhandel und Volksernährung. 2. Wohnungsproblem.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Lassen Sie Ihr Kind nicht zur Schule gehen,

bevor Sie sich die Gewißheit verschafft haben, daß es wirklich gut sehen kann.

An manchem schlechten Zeugnis sind oft die schlechten Augen schuld.

Die meiste Arbeit in der Schule wird mit Hilfe der Augen verrichtet.

Ein Kind, das nicht so gut sehen kann wie andere, ist im Nachteil und muß sich mehr anstrengen, um folgen zu können. Trotzdem tritt rascher die Ermüdung ein, oft sogar mit Kopfschmerzen verbunden, die Aufmerksamkeit läßt nach, und das Kind bleibt zurück.

Kommen Sie mit Ihrem Kinde zu uns. Wir prüfen kostenlos seine Sehkraft und verordnen mit Sorgfalt die passenden Gläser, falls solche nötig und möglich für Ihr Kind sind.

Wollen Sie lieber ein paar Mark sparen, oder wollen Sie lieber Ihrem Kinde unnötige Anstrengungen und Zurücksetzungen ersparen?

Auch Sie werden gerne dort kaufen, wo Sie große Auswahl und billige Preise finden. — Aber selbst wenn wir nicht die billigsten wären, so dürfen Sie nie vergessen, Sie erhalten unsere große Garantie, und diese ist wichtig beim Einkauf von Brillen für Kinder, weil diese öfter etwas zerbrechen.

In der Garantiezeit erhalten Sie außer für Gläserbruch usw. alle Reparaturen umsonst.

Die Garantie währt für Fassungen von M. 12.50 an drei Jahre.

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optometer z. Selbstbestimmen passender Gläser nebst Versandliste

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

Optiker Ruhnke

20 Geschäfte:

C Spittelmarkt, Ecke Wallstraße
Alexanderplatz, neben Aschinger
SO Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
W Leipziger Str. 113, Ecke Mauerstraße
Linkstr. 1, Ecke Potsdamer Str.
Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße
Friedrichstr. 106, Ecke Ziegelstraße
N Chausseestr. 72
Invalidenstr. 164, E. Brunnenstr.
NW Friedrichstr. 150, Ecke Dorotheenstraße
Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr., gegenüber der Kaiser-Eiche
Wilmersdorf: Berliner Str. 152/3, an der Uhlandstraße
S Kottbuser Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf
Neukölln: Bergstraße 4, gegenüber Richardstr.
Spandau: Breite Straße 18
Neu! SW Belle-Alliance-Str. 4, am Halleschen Tor
N Schönhauser Allee 81, Hochbahn-Station Nordring
O Frankfurter Allee 14.
Charlottenburg: Tauentzienstraße 15, Ecke Marburger Straße
Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf den Abschnitt 85 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin
250 Gramm ausländisches Maismehl für 1,45 Mk.
und auf die Abschnitte 87 und 88 derselben Karte
je 150 Gramm — zusammen 300 Gramm inländische Hülsenfrüchte für 60 Pfg.

Die Maisfabrikate sind von dem Lebensmittelverband Groß-Berlin außerhalb der von den Reichszentralstellen zugewiesenen Mengen angekauft worden.

2. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldungen von Donnerstag, den 9., bis Sonntag, den 12. Oktober 1919, bei den Kleinhändlern abzugeben.

3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu den oben aufgerufenen Nummern bei den Großhändlern am Montag, den 13. Oktober 1919, abzuliefern.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 15. November 1919.

Berlin, den 7. Oktober 1919.

Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.

Zu Tgb. Nr. 5426 Nä.

Unserem Bezirksführer
Karl Hanne
nebst seiner jungen Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zum Eintritt in ihren Ehebund.
Die Genossen des Bezirks 609 und 612.

Am Donnerstag, den 9. Okt., abends 8 Uhr findet in den Sophiensälen, Sophienstraße, eine

Betriebsversammlung

sämtlicher in der „Freiheit" beschäftigten Personen statt.

Tagesordnung: Wahlen für den Betriebsrat.

Sämtliche Angestellte, Spediteure und Botenfrauen haben unbedingt zu erscheinen.

Der prov. Betriebsrat.

Zentralverband der Angestellten.

Fachgruppe 7. Angestellte der Kauf- und Warenhäuser und Spezialgeschäfte.

Donnerstag, den 9. Oktober, abends 6½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der Fachgruppe 7

in den „Armin-Hallen", Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung: 1. [illegible] der Fachgruppenleitung. 2. Vortrag des Kollegen Lange über das Betriebsrätegesetz. 3. Stellungnahme zur Teuerungszulage. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch oder Ausweis legitimiert.

Vollzähliges Erscheinen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Fachgruppe der Waren- und Kaufhäuser und Spezialgeschäfte. J. A.: [illegible]

U. S. P. Charlottenburg.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr im Volkshaus, Rosinenstraße 4.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Bezirks-Generalversammlung und Fortsetzung der Diskussion vom ersten Bericht. — 2. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Stadtverordneten und Diskussion. — 3. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und Stellungnahme zum Parteitag. — 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

K. P. D. Arbeiterräte!

Am Freitag, den 10. Oktober, findet eine

Fraktionssitzung

statt. Ort und Zeit ist beim Bezirksbetriebsobmann gegen Ausweis zu erfahren. Nur für Arbeiterräte.

Der Fraktionsvorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 10. Oktober 1919, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, großer Saal

Kombinierte Versammlung

sämtlicher Branchen.

Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission über die Verhandlung mit den Unternehmern. — 2. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Betriebsräte

(Arbeiter-Angestelltenausschüsse, Funktionäre)

der gesamten Lederindustrie

Freitag, den 10. Oktober 1919, abends 6½ Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße 18, eine

Große

Funktionärversammlung

der gesamten Lederindustrie statt.

(Sattler, Portefeuiller, Schuhmacher, Lederarbeiter usw.)

Tagesordnung:

Der Zusammenschluß in der Lederindustrie.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der gesamten Funktionäre unbedingt notwendig. Betriebsausweis erforderlich.

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Goldkronen 18 M., Brücken, Zahnersatz ohne Gaumenplatte.
Unbegrenzt haltbar und farbecht.
Zahnziehen mit Einspritzung fast vollkommen schmerzlos.
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55. Sprechz. 9-7. Tel.: Kurf. 9784.

Wir suchen zum baldigen Antritt einen

politischen Redakteur

(1. Kraft). Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind an den Vorsitzenden der Preßkommission, Gen. Mecklenburg, Hamburg, Heußweg 51 II zu richten.

„Hamburger Volks-Zeitung"
e. G. m. b. H.

Kein
Bruchleidender
versäume sich mein gesetzlich geschütztes
Bruchband ohne jede Feder
anzusehen. Kein lästiger Druck mehr, selbst nachts bequem zu tragen, hält den Bruch wie eine schützende Hand von unten herauf zurück. Allbewährt, aus gutem Material. :: Eine Wohltat für jeden Bruchleidenden.
Bin persönlich zu sprechen in Berlin NW. 7, Mittelstraße 35, Hotel St. Petersburg, am Sonntag, den 12. Oktober, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.
Witte's Bandagenhaus, Dresden, Bankstraße 17.

Zu den bedeutend erhöhten Preisen
kaufen jede Menge Platin, Gold, Silber, Münzen, salpeters. Silber, Quecksilber sowie
sämtliche Metalle
Kupfer, Rotguß, Messing etc., Glühstrumpfasche, Zahngebisse (Zahn bis 25 Mark).
Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei
Weberstraße 31 :: (Alexander 4243)

Verlangen Sie
kostenlos
ein Probeheft
DIE FREIE WELT
Illustr. Wochenschrift der U. S. P. D.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag BERLIN NW 6, Schiffbauerdamm 19

In folgenden Speditionen werden

Botenfrauen

eingestellt:

Spedition **Lode,** Markusstraße 23.
" **Sinner,** Skalitzer Straße 101.
" **Bernsee,** Steglitz, Mommsenstr. 59.
" **Girschner,** Gitschiner Straße 62.
" **Goetze,** Treskowstraße 22.
" **Bartsch,** Tempelhof, Werder Str. 30.
" **Nessler,** Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34

Zähne naturgetreu wie echte,
Friedenskautschuk, bestes Material, pro Zahn von 6.— Mark an. Keine Kriegsware. Spezialität: Goldkronen von [illegible] M. an. Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre. Schonendste Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse. Zahnziehen unentgeltlich. Reparaturen, Umarbeitungen [illegible]
Max Fabian, Dentist
Neue Königstr. 38 I. 2 Min. vom Alexanderplatz

Stenotypistin,

durchaus perfekt, von einem Parteibetrieb gesucht. Bedingung ist längere Mitgliedschaft in der U. S. P. und sofortiger Antritt. Angebote mit Gehaltsforderung unter **R. II. 10** an die Expedition der „Freiheit".

Herbstkostüme, Backfischkostüme, Ulster, Astrachanmäntel, Plüschmäntel, Pelzwaren, Kostümröcke, direkt aus Arbeitsstuben, Meyer, Blücherstr 11 I. (Kein Laden) Sonntags zu Hause.

Teppiche, Gardinen billig. Gelegenheitskaufhaus Schönhorn, Ackerstraße 169/170, am Rosenthaler Platz.

Piano,
Klavier 675, Nußbaumpiano, Konzertpiano verkauft
Schewelies,
Frankfurter Allee 78.

Platina
Gramm bis 65 Mk.,
Gold, Silber, Zahngebisse bis 1000 Mk., Platina-Stiftzähne bis 45 Mk. kauft
Hausdorf,
Palisadenstraße 11, v. II.

Metallankauf
Kupfer, Messing, Zinn usw. Gold, Silber, Platina. Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Kupfer,
sämtliche Metallabfälle, Quecksilber, Gold, Silber, Platin kauft Metalleinkauf Schulzendorfer Straße 2.

Kupferdrähte
Metalle
Kabel und Litzen
für Auslandsbedarf
kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrichstr. 34 Amt Pfalzburg 4592.

Schnellaufbohrer für dringenden Bedarf, sowie Schmirgelleinen kauft höchstzahlend Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22, Ecke Wittstocker Straße.

Spiralbohrer, jeden Posten und sämtliche Werkzeuge kauft dauernd Restaurant, Kochhannstraße 39.

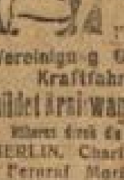
Photoapparate,
Objektive, Prismengläser kauft und tauscht Rosenthal, Pappelallee 3, Humboldt 38/8.

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut erhalten, kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer.
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. [illegible] Wilh. 4720.

Matratzen-Wolle kauft jede Menge und bittet um Angabe Koeiner, Kottbuser Damm 68.

Kostenlose Rateerteilung allerbilligste Prozeßführung, Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen, Beobachtungen, Ermittelungen. Dresdener Straße 111, Aufgang 2. Auch Sonntags Vormittags.

Spezial-Arzt
Dr. med. Lommer
Geschlechts-, Haut-, Frauenl.
Behandl. schnell u. sicher ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Brunnenstr. 185
(Nahe Rosenthal. Pl.). Sprechst. 9—1 u. 4—9 U., Sonnt. 9—12 U.


Hilfe
bei Rückgratverkrümmung
[illegible]
Paul Wenzel,
Berlin,
Friedrichstr. [illegible]

Vereinigung Groß-Berliner Kraftfahrschulen
bildet Kraftwagenführer aus
Näheres durch die Geschäftsstelle:
BERLIN, Charlottenstraße [illegible]
Fernruf Moritzplatz 1256.

Mamsells auf einfache Mäntel verlangt Teller, Neukölln, Weichselstraße 11.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr, Sonnabends bis 3 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.